

A. Kommunalpolitik

Sebastian Lotto-Kusche, Leah Zeidler

Der ganz normale Sonderfall. NS-Belastungen der Flensburger Kommunalpolitik im demokratischen Neuanfang

„Ratsherr Bross gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in der Debatte die ‚nationalpolitische Komponente‘ ausgeschaltet worden sei.“¹ Die paraphrasierte Wiedergabe dieses Wortbeitrags von Werner Bross² – er sprach zur Debatte über Kostensteigerungen beim städtischen Theater – in den Niederschriften der Flensburger Ratsversammlung vom 24. Januar 1957 zeigt auf, dass kommunalpolitische Entscheidungen in Flensburg nicht nur Sachentscheidungen waren, die Grenzlage und die hier starke dänische Minderheit beeinflussten die Stadtpolitik im 20. Jahrhundert erheblich. Doch spiegelt sich diese Sondersituation auch in den NS-Biografien der Stadtpolitikerinnen und Stadtpolitiker nach Ende des Zweiten Weltkriegs? Für die hier vorliegende „Landeskontinuitätsstudie II“ suchten wir uns deshalb Flensburg als städtisches Untersuchungsbeispiel aus. Doch bevor unsere Fragestellung spezifiziert werden kann, muss zunächst in aller Kürze der regionale Forschungsstand für die NS-Zeit und die Nachkriegszeit rekapituliert werden.

Umfassend – erstmals bereits 1966 – sind die letzten Wochen der provisorischen Regierung um Großadmiral Dönitz in Flensburg, der von Adolf Hitler zu seinem Nachfolger bestimmt worden war, untersucht worden.³ Die Untersuchung der NS-Zeit in Flensburg nahm im Jahr 1983 mit einer viel beachteten und öffentlich diskutierten Ausstellung im Städtischen Museum Fahrt auf, nun rückten auch die Opfer der Diktatur in den Fokus⁴; die Anzahl der histo-

1 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 24. Januar 1957, S. 29, StaFl II A 1 Bd. 19 Ratsprotokolle 1957.

2 Bross, Werner, geb. am 11.04.1914, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Rechtsanwalt, GO: angepasst ambivalent, Typ: Politisch Angepasste_r, Pol. Orient. WR: antirepublikanisch/rechts (DVP, DNVP/Völkische/NSDAP), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.

3 Vgl. Reimer Hansen: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation. Stuttgart 1966, bes. S. 85–209. Wenige frühe Anmerkungen die NS-Zeit in Flensburg betreffend finden sich hier: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt. Flensburg 1966, S. 440–454; Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Informationen und Materialien. Flensburg 1972, S. 261–264.

4 Vgl. Dieter Pust (Hrsg.): Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Resümee einer Ausstellung. Flensburg 1984; Gerd Vagt: Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Zu einer Ausstellung im Städtischen Museum Flensburg im September und Oktober 1983. In: Die Heimat 93 (1983), S. 292–299. Zu den bundesweiten Entwicklungen und zu Hemmschuhen der Erforschung vgl. Ulrich Herbert: Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektive einer schwierigen Disziplin. In: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung. Frankfurt a. M. 2015, S. 31–79.

rischen Analysen vergrößerte sich aber erst allmählich.⁵ Ab den späten 1990er Jahren boomte das Thema, so erschienen beispielsweise die Schriftenreihe „Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte“, Forschungen zur Geschichte der jüdischen Minderheit in Flensburg und überregional einordnende Studien.⁶ Weitere biografische Studien erscheinen fortlaufend und verdichten die Erkenntnisse.⁷

Die politische und gesellschaftliche Geschichte der Stadt nach 1945 wurde 1984 im Auftrag der Stadt Flensburg zum 700-jährigen Gründungsjubiläum in einer zweibändigen Festschrift erstmals untersucht, diese lieferte erste Betrachtungen der Nachkriegszeit. Hier waren etwa Beiträge zum Umbruch im Mai 1945⁸, zur Bedeutung der Oberbürgermeisterwahlen für die Region⁹ und zur Rolle der britischen Militärregierung beim Wiederaufbau der demokratischen Stadtpolitik nach 1945¹⁰ enthalten.¹¹ Erkenntnisse über die Nachkriegszeit erreichten die Forschungen zur Geschichte der politischen Parteien in Flensburg¹², zur Entnazifizierungspolitik¹³ und zum Nationalitätenkonflikt¹⁴. Im Kontext der deutsch-dänischen Konfron-

5 Vgl. Christian Voigt: Bibliographie zur Geschichte der Stadt Flensburg. Neu bearbeitet von Martha Iwersen und Käte Petersen. Flensburg 1988, S. 102ff. 1986 legte Peter Heinacher eine Untersuchung über den Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg vor; vgl. Peter Heinacher: Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933), 2 Bände. Flensburg 1986.

6 Vgl. Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, 5 Bände. Flensburg 1996–2000; Miriam Gillis-Carlebach/Gerhard Paul (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona. Neumünster 1998; Bettina Goldberg: Juden in Flensburg. Flensburg 2006; Uwe Danker/Astrid Schwabe: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Neumünster 2005; Sebastian Lehmann: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007, bes. S. 482.

7 Vgl. etwa Erik Lars Bethge: Rückgrat. Peter & Holger Hattesen. Zwei illustrierte Biografien des 20. Jahrhunderts. Flensburg 2019.

8 Vgl. Helge Berndt: Flensburg im Mai 1945. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 379–393.

9 Vgl. Dieter Pust: Die Oberbürgermeisterwahlen und ihre Bedeutung für die Region. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 355–368.

10 Vgl. Siegfried Schier/Kurt Jürgensen: Die Stadt Flensburg unter Britischer Militärregierung. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 394–415.

11 Die Aufstellung der bis 1988 erschienen Untersuchungen zur Geschichte Flensburgs nach 1945, ist wiederum kurz und listet über die Festschrift hinaus nur Titel mit nachrangiger Bedeutung auf; vgl. Voigt: Bibliographie (Anm. 5), S. 104f.

12 Vgl. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993; Dieter Pust (Bearb.): 35 Jahre CDU in Flensburg. Die Gründung – Eine personalgeschichtliche Chronik. Flensburg 1981; CDU-Kreisverband Flensburg (Hrsg.): 50 Jahre CDU Flensburg. 1946–1996. Politik für unsere Stadt. Flensburg 1996; Martin Klatt/Jørgen Kühl: Die politische Geschichte der dänischen Minderheit 1945–2015. Flensburg 2015, bes. S. 44f.

13 Vgl. Julia-Kathrin Büthe: Die Entnazifizierung in Flensburg-Stadt und -Land während der britischen Besatzungszeit (Masch. MA.). Kiel 1998.

14 Vgl. Uwe Danker: Südschleswig 1945–1955. Vom letzten Kampf um Südschleswig zum dauernden Grenzfrieden. Kiel 1997; Peter Wulf: „Der nationale Blick“. Nationale Stereotypen auf deutscher Seite im deutsch-dänischen Grenzgebiet 1945–1948. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 267–285; Martin Klatt: Ein

tation ist die Sondersituation einer sich an Dänemark orientierenden sozialdemokratischen Partei – die deshalb von der Bundespartei kurzerhand ausgeschlossen wurde – breit betrachtet worden.¹⁵ Bei diesen Arbeiten blieb allerdings bislang die Frage außen vor, ob in der Flensburger Kommunalpolitik nach 1945 Personen in relevanter Zahl wirkten, die NS-Belastungen aufwiesen. Wir fragen deshalb in diesem Beitrag danach, wie die Bandbreite der Handlungsmuster im Zeitraum von 1933–1945 war und wie diese im Vergleich zum anderen Exempel Süderdithmarschen¹⁶ in dieser Studie einzuschätzen ist. Hatte etwa die recht starke Arbeiterbewegung oder die dänische Minderheit einen Einfluss auf die Verhaltensweisen in der NS-Zeit?

Bevor dieser Frage in unserem Aufsatz nachgegangen werden kann, muss zunächst der zeitgeschichtliche Kontext Flensburgs betrachtet werden. Danach wenden wir uns mit der bewährten Methodik der „Landtagskontinuitätsstudie I“ den konkreten Personen der Flensburger Kommunalpolitik zu und stellen deren „Grundorientierungen“ und die „Typen“ vor.¹⁷ Die untersuchten Teilgruppen bestehen aus 65 Personen, die den zwei Ratsversammlungen (1948 / 1955) und den zwei Magistraten (1948 / 1955) angehörten. Aus diesem Personenkreis sollen nach der statistischen Auswertung einige Biografien vorgestellt werden. Anschließend wird beispielhaft untersucht, wie die Kommunalpolitik mit der (eigenen) NS-Vergangenheit umging. Die einzelnen Schritte werden in der abschließenden Betrachtung gebündelt. Es soll darauf eingegangen werden, ob die Flensburger Kommunalpolitik in den 1940er und 1950er Jahren hinsichtlich ihrer NS-Belastung und des Umgangs damit als ein Sonderfall im Hinblick auf die Vergleichsgruppen zur Landespolitik und zur Kommunalpolitik Süderdithmarschens bewerten werden muss.

schleswigisches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom „Deutschen“ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. In: ebd., S. 287–310.

15 Vgl. Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945–1959, Band 1–2. Malente 1998, hier bes. S. 119–150; W.L. Christiansen: Meine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Flensburg. Sozialdemokraten zwischen Deutsch und Dänisch 1945–1954. Flensburg 1993.

16 Vgl. Oertel/Zeidler: Süderdithmarscher Kommunalpolitik; Beitrag in dieser Studie.

17 Vgl. Danker: Geteilte Verstrickung; Beitrag in dieser Studie; Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. In: Dies. (Hrsg.): Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2017, S. 19–384, hier S. 171–294.

1. Historischer Kontext – Flensburg in den 1930er bis 1950er Jahren

Um die Untersuchung der Personengruppen vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte besser vornehmen zu können, ist zunächst der Blick auf die Stadt und etwaige Besonderheiten während der NS-Herrschaft zu richten. Im direkten Anschluss wird ein Überblick über die Geschehnisse im Mai 1945 in Flensburg gegeben, woraufhin Herausforderungen für den demokratischen Wiederaufbau angerissen werden, sowohl politischer als auch gesellschaftlicher Natur.

Flensburg in der NS-Zeit – Anpassung, Verfolgung und Widerstand

Flensburg war wegen der ausgeprägten Arbeiterbewegung kein einfaches Terrain für die NSDAP. Der Aufstieg der Partei gelang nach ersten missglückten Versuchen in den 1920er Jahren erst ab 1931.¹⁸ Bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erreichte die NSDAP in Flensburg immerhin 16 Prozent, in Schleswig-Holstein dagegen schon 27 Prozent.¹⁹ Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wählten 48,5 Prozent die NSDAP, wieder ein vergleichsweise geringer Wert; in Schleswig-Holstein 53,3 Prozent.²⁰

Die Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung geschah nach der Kommunalwahl vom 13. März 1933: die beiden gewählten kommunistischen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung durften ihr Mandat gar nicht erst antreten, die neun SPD-Mitglieder schieden nach dem Parteiverbot im Juni 1933 aus, die Vertreter des „Nationalen Blocks“ gingen im Juli in der NSDAP auf und nur vier Vertreter der dänischen Minderheit konnten ihre Eigenständigkeit bewahren; am 19. September konnte der neue Oberbürgermeister Wilhelm Sievers von der NSDAP sein Amt schließlich antreten.²¹

Auch hier begann der Terror-, Repressions- und Verfolgungsapparat zu wirken: Im April 1933 wurden circa 80 Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet, am 1. April jüdische Geschäfte boykottiert.²² Das Berliner Kammergericht, welches Ende 1934 extra in Flensburg tagte, verurteilte schließlich 28 Kommunisten aus der Gegend zu Gefängnisstrafen. Bereits 1936 wurde Sievers nach internen Querelen mit Gauleiter Hinrich Lohse aus seinem Amt als Oberbürgermeister wieder entlassen. Die Nachfolge trat der noch amtierende Landrat von Süderdithmarschen Dr. Ernst Kracht an – ein früherer Unterstützer der deutschen Minderheit in Nordschleswig – er behielt dieses Amt bis Kriegsende.²³ Weite Teile der Flensburger Bevölkerung brachten sich bei Eintopfsonntagen, Erntedankfestumzügen des „Reichsnähr-

18 Vgl. Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein (Anm. 6), S. 18, 22.

19 Vgl. Heinacher: Aufstieg (Anm.5), S. 320–367, hier bes. S. 320.

20 Vgl. Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein (Anm. 6), S. 25, 194.

21 Vgl. ebd., S. 39.

22 Vgl. ebd., S. 35, 103.

23 Vgl. Uwe Danker: „... ich in einem ganz bescheidenem Maße auch teilhatte ...“ Schleswig-holsteinische Biographien im 20. Jahrhundert: Ernst Kracht und Johann Ohrtmann. In: Ders.: Die Jahrhundertstory, Band 3. Flensburg 1999, S. 248–267, hier S. 255; Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein (Anm. 6), S. 54.

stands“ oder Sonnenwendfeiern der SA in die vermeintliche NS-Volksgemeinschaft ein und nahmen gemeinschaftsstiftende Vorzugsangebote, wie KdF-Fahrten für „Volksgenossen“, gerne wahr.²⁴ Die Wertindustrie in Flensburg profitierte von Rüstungsaufträgen, dies schuf Arbeitsplätze und sicherte den Rückhalt in der Arbeiterschaft.²⁵ Die Politik gegenüber der dänischen Minderheit war ambivalent: offiziell war sie von Bekenntnissen zum Deutschtum befreit. Allerdings gab es Repressionen im Alltag, Pressezensur und vereinzelt Verhaftungen wegen staatsfeindlicher Bestrebungen.²⁶ Die Repression schlug gegenüber den Juden, den Sinti und Roma und weiteren unerwünschten Gruppen in mörderische Deportationen um.²⁷

Aus dem traditionell starken Flensburger Arbeitermilieu heraus gab es nennenswerte Initiativen, die gegen das Regime opponierten. So versteckte etwa der Kunsthändler Peter Hattesen²⁸ von Verfolgung bedrohte Personen in seinem Haus und schleuste sie über die deutsch-dänische Grenze. Auch über das „Café Waldheim“, was sich nahe der Grenze befand, schmuggelte das engagierte Betreiber-Ehepaar Lützen gefährdete Regimegegner nach Dänemark.²⁹ Hattesen gehörte, wie auch die zur Untersuchungsgruppe gehörenden Hugo Hellwig³⁰ und Karl Haase³¹, einem konspirativen Kreis, der sogenannten „Anna-Gruppe“ an. Die Gruppe ging von einem bevorstehenden Zusammenbruch des Nationalsozialismus aus und traf sich

24 Vgl. Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein (Anm. 6), S. 75, 93, 99.

25 Vgl. ebd., S. 75.

26 Vgl. Martin Klatt: Die dänische Minderheit. Ausgrenzung eines Bevölkerungsteils. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Opfer politischer und rassistischer Verfolgung in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1998, S. 62–88.

27 Vgl. Goldberg: Juden (Anm. 6), bes. S. 92f.; Sebastian Lotto-Kusche: „...daß für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten.“ Das NS-Zwangslager für „Zigeuner“ in Flensburg und dessen Wahrnehmung in der Stadtbevölkerung. In: Demokratische Geschichte, Band 28 (2018), S. 225–238.

28 Hattesen, Peter, geb. am 03.03.1896, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948, Beruf: Kunsthändler, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Widerstandleistende_r, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Gut. Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 311; LASH Abt. 354/Nr. 4294; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42; Bethge: Rückgrat; Klatt: Hattesen.

29 Vgl. Gerhard Paul: Widerstand an der Grenze. Das ‚Café Waldheim‘ und das Ehepaar Lützen. In: Ders. (Hrsg.): Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001, S. 122–135; Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein (Anm. 6), S. 53.

30 Hellwig, Hugo, geb. am 05.07.1889, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948; Flensburg Magistrat 1948, Beruf: Angestellter, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Widerstandleistende_r, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Gut. Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 316; LASH Abt. 352.3/Nr. 8401; LASH Abt. 761/Nr. 19395; StaFl XIII Pers Hellwig, Hugo; Andresen: Arbeiter- und Soldatenräte, S. 11; Klatt: Hattesen, S. 357; Christiansen: Geschichte, S. 20; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42, 50.

31 Haase, Karl, geb. am 13.05.1890, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948/1955, Beruf: Kaufmann, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Widerstandleistende_r, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Ausreichend. Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 292; StaFl XIII Pers Haase, Karl; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 64; Büthe: Entnazifizierung, S. 36; Klatt: Hattesen, S. 357.

daher regelmäßig ab 1943, um den von ihnen anvisierten demokratischen Neubeginn zu planen.³² Auch andere Gruppen aus dem Arbeitermilieu trafen sich zunächst konspirativ in Wohnungen oder Geschäften, um den Neubeginn zu planen, darunter auch Hermann Olson³³ und Nicolaus Reiser³⁴, die ebenfalls Teil unserer Untersuchung sind.³⁵

Letzter Sitz der Reichsregierung und Kriegsende 1945 in Flensburg

Flensburg blieb wegen seiner Randlage von größeren Kriegszerstörungen verschont und hatte in den letzten Kriegswochen eine prominente Rolle in der Abwicklung der Diktatur. In seinem Testament ernannte Adolf Hitler Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger, dieser war bereits frühzeitig mit seinem Stab aus Berlin abgezogen und hatte Quartier in Plön bezogen, wo er am 1. Mai vom Selbstmord Hitlers erfuhr und fortan als sein Nachfolger die Amtsgeschäfte einer provisorischen Reichsregierung übernahm. Doch Plön war bald aufgrund vorrückender britischer Verbände kein sicherer Rückzugsort mehr, sodass Dönitz in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai seinen Stab nach Flensburg-Mürwik in die Marinesportschule verlegte.³⁶ Ab dem 5. Mai tagte dort täglich ein Ersatzkabinett, dem auch Albert Speer als Rüstungsminister angehörte.³⁷ Die britische Kontrollkommission erreichte schließlich am 12. Mai Flensburg und quartierte sich auf dem vormals von Dönitz genutzten Wohnschiff „Patria“ ein. Dorthin wurden Dönitz und Speer am 23. Mai einbestellt, um deren Verhaftung vorzunehmen; öffentlichkeitswirksam wurden die beiden am gleichen Tag vor den Augen der internationalen Presse auf dem Hinterhof des Flensburger Polizeipräsidiums anschließend vor-

32 Vgl. Martin Klatt: Peter Hattesen und die „Anna“-Gruppe 1943–1945. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Zwischen Konsens und Kritik: Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1999, S. 355–364, hier bes. S. 356f.

33 Olson, Hermann, geb. am 05.01.1893, U.-Gruppe: Flensburg Magistrat 1948; Flensburg Ratsversammlung 1948/1955; MdL, Beruf: Geschäftsführer, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Protagonist_in Arbeiterbewegung, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: positive berufliche Zäsur, Quellendichte: Befriedigend.
Personennachweise: LASH Abt. 761/Nr. 13808; LASH Abt. 605/Nr. 4199; StaFL XIII Pers Olson, Hermann; LASH Abt. 460.18/Nr. 149; Jacobsen: SPD; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 56; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42, 50.

34 Reiser, Nicolaus Anton, geb. am 25.07.1885, U.-Gruppe: Flensburg Magistrat 1948; Flensburg Ratsversammlung 1948/1955, Beruf: Werftfacharbeiter, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Protagonist_in Arbeiterbewegung, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.
Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 486; LASH Abt. 761/Nr. 14263; StaFL XIII Pers Reiser, Nicolaus; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 43, 50; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 56; Joho: Geschichte, S. 471f.

35 Vgl. Edith Gerstenberg: Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur 1933–1945. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 202–222, hier S. 219.

36 Vgl. Herbert Kraus: Karl Dönitz und das Ende des „Dritten Reichs“ in Flensburg 1945. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 83–106, hier S. 88–93.

37 Vgl. Hansen: Ende (Anm. 3), S. 167–171, 174–177.

geführt.³⁸ In Dönitz' Verantwortung wurden zahlreiche Todesurteile – sogar noch nach der Kapitulation am 8. bzw. 9. Mai 1945 – gegen Fahnenflüchtige verhängt.³⁹ Doch nicht nur diese moralische Hypothek lastete auf der Stadt und der Region.

Im Gefolge der Regierung Dönitz wichen Teile der Reichsministerien aus Berlin, dem Reichssicherheitshauptamt und weiteren SS-Ämtern in den Raum Flensburg aus. Sie verschleierten oft erfolgreich durch das organisatorische Chaos ihre wahren Identitäten und Funktionen mit gefälschten Wehrmachtspapieren oder eilig ausgestellten Dienstausweisen der Flensburger Polizei – die britische Besatzungsmacht schätzt den Missbrauch von falschen Kennkarten auf circa 2.000 bis 3.000.⁴⁰ Auch andere nationalsozialistisch belastete Berufsgruppen nutzten die sogenannte „Rattenlinie Nord“ als Rückzugsort, etwa Juristen, Mediziner und Hochschulprofessoren.⁴¹ Der bekannteste Fall, der zum internationalen Skandal wurde, ist im Reüssieren des ehemaligen Hauptgutachters der NS-Euthanasie Werner Heyde unter dem Decknamen Fritz Sawade als medizinischer Gutachter in Flensburg zu sehen, was nachweislich mit dem Wissen von staatlichen Verantwortungsträgern in Justiz, Sozialverwaltung und Politik geschah.⁴² Diese vergangenheitspolitische Hypothek stand aber hinter den drängenden Lebensnotwendigkeiten hintenan: die durch Vertriebene, zurückströmende Wehrmichtsangehörige und „Displaced Persons“⁴³ auf über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner angewachsene Stadtbevölkerung musste versorgt werden, schnellstmöglich wurde eine Zuzugssperre verhängt.⁴⁴

Deutsch-dänischer Gegensatz und demokratischer Neuanfang

Flensburg ist seit der Volksabstimmung 1920 – die eine direkte Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs und des Versailler Friedensvertrags war – Grenzstadt.⁴⁵ Die deutsch-dänische

38 Vgl. Kraus: Dönitz (Anm. 36), S. 103f.

39 Vgl. Gerhard Paul: Die Erschießungen in der Geltinger Bucht. Das blutige Geschäft der NS-Militärjustiz nach der deutschen Kapitulation und ihre justizielle Bearbeitung nach 1945. In: Demokratische Geschichte, Band 9 (1995), S. 163–179.

40 Vgl. Stephan Linck: Der Ordnung verpflichtet: Deutsche Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg. Paderborn 2000, bes. S. 147–177, hier S. 174.

41 Vgl. Gerhard Paul: „...zwickerte man mit den Augen und schwieg.“ Schweigekartell und Weißwäschersyndikat, oder: Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 311–376.

42 Vgl. Klaus Detlev Godau-Schüttke: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. Baden-Baden 1998.

43 Im Juli 1945 sollen sich in Flensburg 7.473 „Displaced Persons“ aufgehalten haben vgl. Harald Hohnsbehn: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Flensburg. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Opfer politischer und rassistischer Verfolgung in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1998, S. 89–121, S. 118.

44 Vgl. Uwe Carstens: Strohsack und Kekssuppe. Flüchtlinge und Vertriebene in Flensburg. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 157–210, hier bes. S. 170–176.

45 Vgl. etwa: Inge Adriansen/Broder Schwensen: Von der deutschen Niederlage zur Teilung Schlesiens 1918–1920. Flensburg/Apenrade 1995; Gerd Stolz: Volksabstimmung Nordschleswig 1920 Plebisit Sles-

Geschichte der gesamten Region spiegelt sich hier in extremer Verdichtung. Die nationalsozialistische Regierung hatte 1933 – obwohl es zunächst Hoffnungen und Bestrebungen auf lokaler Ebene gab – auf eine Grenzverschiebung nach Norden verzichtet. Nach Kriegsende forderten dänisch orientierte Nationalisten eine südliche Grenzverschiebung bis zur Eider.⁴⁶ Dieser nun erneut aufflammende nationale Konflikt wurde in dem ersten Nachkriegsjahrzehnt sehr vehement von beiden Seiten geführt, was natürlich auch Auswirkungen auf das deutsch-dänische Verhältnis in der Stadtpolitik Flensburgs hatte.⁴⁷

Die britische Militärregierung setzte bereits am 16. Mai 1945 wieder eine deutsche Stadtverwaltung ein, die Briten gaben eine strikte Trennung von Legislative und Exekutive vor. Es sollte nunmehr abweichend vom vormaligen System ein Oberbürgermeister als bloßer politischer Repräsentant bestimmt werden, ein weiterer Bürgermeister und zusätzlich ein Leiter der Verwaltung (Oberstadtdirektor). In dieser Reihenfolge waren dies Jacob Clausen Möller (SSV / SSW)⁴⁸, Christian Carsten Christiansen (CDU)⁴⁹ und Friedrich Drews (SPD)^{50,51}. Mit dieser Benennung sind die drei wichtigsten politischen Kräfte in Flensburg bereits von der Militärregierung beim demokratischen Wiederaufbau mit der Wahrnehmung von verantwortlichen Aufgaben betraut worden. Entsprechend wurden von den Briten am 15. Juni 1945 insgesamt sechs Magistratsmitglieder, darunter Möller, Christiansen und Drews, bestimmt und am 7. September sowie 15. Oktober 1945 insgesamt 27 Ratsmitglieder ernannt.⁵² Damit war die kommunalpolitische Ebene erst einmal handlungsfähig, aber wie vollzog sich die Gründung der Parteien nach 1945 in Flensburg und wie entwickelten sich die Wahlergebnisse?

vig. Apenrade/Sonderburg 1990; Jan Schlürmann: 1920. Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmungen zwischen Deutschland und Dänemark. Kiel 2019; Uwe Danker: Der Abstimmungsstaat „Plebiscit Slesvig“ 1920. In: Peter Fransen/Jørgen Mikkelsen/Leif Hansen (Hrsg.): Over grænsen. Festskrift til Hans Schultz Hansen. Apenrade 2019, S. 208–234.

46 Vgl. Klatt: Schleswigsches Volk (Anm. 14), S. 287–290.

47 Vgl. Danker: Südschleswig (Anm. 14).

48 Möller, Jacob Clausen, geb. am 12.10.1876, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948; Flensburg Magistrat 1948, Beruf: Großkaufmann, GO: angepasst ambivalent, Typ: Angehörige_r traditioneller Eliten, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.

49 Christiansen, Christian Carsten, geb. am 09.03.1882, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948, Beruf: Firmeninhaber, GO: angepasst ambivalent, Typ: Angehörige_r traditioneller Eliten, Pol. Orient. WR: anti-republikanisch/rechts (DVP, DNVP/Völkische/NSDAP), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Gut.

50 Drews, Friedrich, geb. am 03.01.1898, U.-Gruppe: Flensburg Magistrat 1955, Beruf: Oberbürgermeister, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Protagonist_in Arbeiterbewegung, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: positive berufliche Zäsur, Quellendichte: Gut.

51 Vgl. Wolfgang Rudzio: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang. Stuttgart 1968, S. 51; Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte: Geschichte (Anm. 3), S. 454f.

52 Vgl. Jürgensen/Schier: Stadt (Anm. 10), S. 394.

Partei Gründungen und Milieuverschiebungen

Bereits am 10. Oktober 1946 gründete sich der Südschleswigsche Verein (SSV), der auch mit britischer Genehmigung zur Kommunalwahl 1946 antreten durfte.⁵³ Am 25. Juni 1948 wurde der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) gegründet, der kurz darauf als politische Partei die Zulassung bekam. Dieser Gründung und der Anerkennung des SSW als politischer Partei ging jedoch ein jahrelanger Konflikt zwischen dänischer Minderheit und dänischem Staat auf der einen Seite und der britischen Militärregierung auf der anderen Seite voraus, denn die Briten wollten keine Partei zulassen, die sich dafür einsetzte, den Landesteil Südschleswig von Deutschland abzuspalten.⁵⁴

Die Sozialdemokratische Partei (SPD) gründete sich bereits sehr schnell neu, schon im August 1945 konstituierte sich unter Friedrich Drews ein Sozialdemokratischer Wählerverein, der am 4. Januar 1946, dann schon unter dem neuen Vorsitzenden Nicolaus Reiser, von der Militärregierung auch als Partei zugelassen wurde.⁵⁵ Doch die Partei war intern heftig zerstritten, es ging um Abgrenzungsfragen zu den Kommunisten und vor allem um die Frage der Grenzverschiebungen bzw. des klaren Bekenntnisses zu Deutschland oder gar zu Dänemark.⁵⁶

Der SPD-Kreisverein wurde durch den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher am 7. Juli 1946 für aufgelöst erklärt, weil er sich nicht eindeutig zur nationalen Frage positioniert habe.⁵⁷ Am 27. Juli 1946 wurde auf einer erneuten Gründungsversammlung ein weiterer SPD-Kreisverband mit zunächst überschaubarer Mitgliederzahl gegründet, dieser wählte kurz darauf einen Vorstand um Jens Hansen⁵⁸ und seinen Stellvertreter Hermann Karl^{59,60} Anfang September 1946 benannte sich der alte Kreisverein um Nicolaus Reiser in Sozialdemokratische Partei Flensburgs (SPF) um. Erst am 25. Juni 1954 stimmte die SPF für die Wiedervereinigung mit der SPD. Dänisch orientierte Wählerinnen und Wähler und auch einige Parteimitglieder wendeten sich daraufhin dem SSW zu, das Wahlergebnis für die verschmolzene Partei fiel daher mit 5 Mandaten nach den Wahlen 1955 sehr mager aus.⁶¹

53 Vgl. Karl-Friedrich Nonnenbroich: Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein nach 1945. Unter besonderer Berücksichtigung des Südschleswigschen Wählerverbands. Kiel 1972, S. 104–110.

54 Vgl. ebd., S. 111.

55 Vgl. Claus Olsen: Die Flensburger Sozialdemokratie in den Jahren der Spaltung 1946–1954. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 223–243, hier S. 125f.

56 Vgl. Detlef Siegfried: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46. Kiel 1992, S. 263–291.

57 Vgl. Martens: Geschichte (Anm. 15), S. 131f.

58 Hansen, Jens, geb. am 18.04.1895, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948, Beruf: Oberpostsekretär (Telegraphen-Leitungsaufseher), GO: angepasst ambivalent, Typ: Jongleur_in, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.

59 Karl, Dr. Richard Hermann, geb. am 06.09.1918, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948; Flensburg Magistrat 1955, Beruf: Arzt, GO: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Typ: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Unklar/keine Infos, Quellendichte: Unzureichend.

60 Vgl. Martens: Geschichte (Anm. 15), S. 136.

61 Vgl. Hans-Ulrich Jeromin/Claus Olsen: Die Flensburger Sozialdemokratie zwischen 1954 und 1970 – Schlaglichter aus den 50er und 60er Jahren. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125

Bereits im Mai 1945 begannen sich Personen aus dem konservativen Spektrum, darunter Thomas Andresen⁶², ebenfalls für eine Parteigründung zu sammeln, sie gründeten zunächst die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die sich kurz darauf in Liberal-Demokratische Partei (LDP) umbenannte.⁶³ Im Juni 1945 konnte Carl Schröter aus Kiel, ein führender Protagonist der sich auf Landesebene noch in Bildung befindlichen Christlich-Demokratischen Union (CDU), diesen Gründungskreis der DDP / LDP aus Flensburg davon überzeugen, sich als Kreisverein der CDU anzuschließen und eine entsprechende Zulassung bei der Britischen Militärregierung zu beantragen, die Anfang Februar 1946 erteilt wurde.⁶⁴ Als Reaktion auf das gute Abschneiden der pro-dänischen Parteien trat die CDU ab der Wahl im April 1951 in einer Liste „Wählergemeinschaft Deutsches Flensburg“ mit Vertretern des BHE und der FDP an.⁶⁵

Aber wie entwickelten sich die politischen Kräfteverhältnisse bezogen auf die von uns gewählten Stichjahre in der Ratsversammlung und im Magistrat? Die Kommunalwahl am 24. Oktober 1948 brachte folgende Mandatsverteilung: SSW 13, CDU 10, SPD 9, SPF 8.⁶⁶ Zu diesem Zeitpunkt gab es noch eine pro-dänische Mehrheit im Stadtparlament, die allerdings bereits bei der nächsten Wahl im April 1951 erodierte: SSW / SPF 18 und WDF 21.⁶⁷ Bei der Wahl am 24. April 1955 konsolidierte sich die pro-deutsche Mehrheit in der Ratsversammlung: SSW 14, WDF 15, SPD 5, Deutscher Wahlblock 1, was natürlich auch mit den bereits beschriebenen Verschiebungen im sozialdemokratischen Parteienspektrum zu tun hatte.⁶⁸

Anhand der Wahlergebnisse der Oberbürgermeister ist dieser Wandel ebenfalls exemplarisch ablesbar. Die stark pro-dänische Tendenz, die sich mit der Wahl des ersten demokratisch gewählten Oberbürgermeisters Jacob Clausen Möller (SSW) am 22. Oktober 1946 mit 36 Ja-Stimmen einstimmig vollzog, schlug um in eine konfrontative Kampfabstimmung im Jahr 1948. Hier setzte sich Clausen wiederum am 5. November 1948 mit 21 Stimmen von SSW und SPF gegen den Kandidaten der CDU und SPD, Thomas Andresen, durch.⁶⁹ Auch am 27. April 1950 konnte Friedrich Drews (SPF) die Wahl für sich entscheiden. Bei unserem zweiten exemplarischen Schnitt, nach der Kommunalwahl am 24. April 1955, dominierte dann bereits die „Wählergemeinschaft Deutsches Flensburg“ die Ratsversammlung, der

Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 244–266, hier S. 245f.; Martens: Geschichte (Anm. 15), S. 141–150.

62 Andresen, Thomas, geb. am 08.04.1897, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948/1955; Regierung; MdL, Beruf: Steuerberater, GO: angepasst ambivalent, Typ: Zurückhaltende_r Volksgenosse_in, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.

63 Vgl. Pust: 35 Jahre (Anm. 12), S. 3.

64 Vgl. CDU-Kreisverband Flensburg: 50 Jahre (Anm. 12), S. 15; Pust: 35 Jahre (Anm. 12), S. 3.

65 Vgl. CDU-Kreisverband Flensburg: 50 Jahre (Anm. 12), S. 32. Hinter diesen Abkürzungen stehen der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und die Freie Demokratische Partei (FDP).

66 Vgl. Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953. Flensburg 1954, S. 40.

67 Vgl. ebd., S. 40.

68 Vgl. CDU-Kreisverband Flensburg: 50 Jahre (Anm. 12), S. 41.

69 Vgl. Pust: Oberbürgermeisterwahlen (Anm. 9), hier S. 363.

Kandidat dieser Fraktion, Thomas Andresen, wurde daher am 22. September 1955 zum neuen Oberbürgermeister gewählt.⁷⁰

Aus diesen Wahlergebnissen kann man vordergründig den Nationalitätenkonflikt herauslesen, denn die zunächst pro-dänische Tendenz, ausgedrückt in den hohen Wahlergebnissen von SPF und SSW, kippte mit der Wahl 1955 eindeutig in eine pro-deutsche Mehrheit.

2. Reale Profile der Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

In diesem Abschnitt beschränkt sich die statistische Auswertung auf das zweistufige Modell, in das wir alle Personen, die wir untersuchen, einordnen. Die Grundorientierungen und Typisierungen der Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden vorgestellt. Dabei vergleichen wir zwei Wahlperioden miteinander, wobei auch ein übergeordneter Vergleich zwischen den Akteurinnen und Akteuren der Stadt Flensburg, im Kreis Süderdithmarschen sowie im Bundesland Schleswig-Holstein zum entsprechenden Zeitraum angestrebt wird. Der vergleichenden Betrachtung liegt die Frage zugrunde, ob Flensburg nach 1945 aufgrund seiner Grenzlage und der recht starken Arbeiterbewegung eine besondere Rolle hinsichtlich der NS-Belastung spielt.

Flensburger Ratsversammlung und Magistrat 1948–1951 und 1955–1959

Im Folgenden werden die Untersuchungsgruppe vorgestellt und die inneren Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilgruppen aufgezeigt. Insgesamt umfasst die Untersuchungsgruppe zur Kommunalpolitik in der Stadt Flensburg vier Teilgruppen mit 65 Personen. Wir visieren zwei Wahlperioden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an und nehmen dabei jeweils Ratsversammlung und Magistrat in den Blick. Zum einen betrachten wir die kommunalpolitische Vertretung, die am 24. Oktober 1948 in der zweiten Kommunalwahl unter britischer Besatzung gewählt wurde. Zum anderen untersuchen wir die Abgeordneten, die am 24. April 1955 für die Stadt Flensburg gewählt wurden. Somit sind sowohl eine Kommunalvertretung vor der Reform 1950⁷¹ als auch eine nach der neuen Verfassung Gegenstand der Untersuchung.

In welcher Beziehung standen Ratsversammlung und Magistrat der beiden Wahlperioden zueinander? Die Ratsversammlung ist die gewählte Vertretung der Flensburger Bevölkerung und damit das höchste Selbstverwaltungsorgan. Der Magistrat ist das ausführende Organ der Ratsversammlung und steht an der Spitze der städtischen Verwaltung.⁷² Vor der Reform der Kommunalordnung 1950 bestand das Gremium aus Ratsmitgliedern.⁷³ Danach wählte die

70 Bis 1998 wählte die Gemeinde- oder Stadtvertretung die hauptamtlichen Bürgermeister, seit diesem Jahr werden sie direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

71 Vgl. Dieter Pust: Könige, Bürgermeister und Präsidenten in Flensburg. Biographische Skizzen. Flensburg 1987, S. 50f.

72 Vgl. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte: Flensburg (Anm. 3), S. 81f.

73 Vgl. Jürgensen/Schier: Stadt (Anm. 10), hier S. 396.

Ratsversammlung die Akteurinnen und Akteure in den Magistrat. Dieser setzte sich aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen Stadträten zusammen, wobei hauptamtliche Magistratsmitglieder nicht simultan ein Amt in der Ratsversammlung besetzten.⁷⁴

NS-Grundorientierungen und Typisierungen der Wahlperiode 1948–1951

Die Ratsversammlung der Wahlperiode 1948 bis 1951 umfasste 40⁷⁵ Personen. Von diesen 40 Personen gehörten acht⁷⁶ auch dem Magistrat an. In diesem Abschnitt wenden wir das Modell der Zuordnungen nach Grundorientierungen in der NS-Zeit zunächst auf die Gruppe der Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus dieser Wahlperiode an. Abgesehen von vier (4; 10 %) Personen über deren Biografie wir in der NS-Zeit zu wenig für eine belastbare Zuordnung wissen. Die restlichen 30 ordnen wir – in strikter Nutzung der Definitionen und auf Basis der Quellen – jeweils einer der fünf Grundorientierungen zu.

Durchgängig nutzen wir hier – wie im Rest der Studie – als Darstellungsmittel das (Halb-)Tortendiagramm. Blau steht für die Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“, grau für „angepasst / ambivalent“, grün für „systemtragend / karrieristisch“, braun für „exponiert / nationalsozialistisch“ und beige für die Gruppe der als „ns-sozialisiert“ gekennzeichneten Geburtsjahrgänge 1918–1928. In Rosa werden schließlich die Akteure visualisiert, über deren Biografie in der NS-Zeit unsere Quellen zu wenig hergeben. Im Titel aller Diagramme findet sich jeweils die genaue Kennzeichnung der zugrunde liegenden Ausgangsgruppe, zudem ihre jeweilige Gesamtzahl. In der Legende werden jeweils die absoluten Zahlen der Teilgruppen benannt, sodass die Ausgangstabelle rekonstruierbar ist, während im Tortendiagramm selbst prinzipiell die relativen Anteile ausgewiesen werden. Die jeweilige Quellendichte für die ausgewählte Untersuchungsgruppe wird in einem zweiten (Halb-)Tortendiagramm und die Personenstandsdatensicherheit in einem dritten offenbart.⁷⁷

Hinsichtlich des Verhaltens in der NS-Zeit lässt sich die Gruppe der Flensburger Politikerinnen und Politiker der zweiten gewählten Ratsversammlung und somit der gesamten Stadtvertretung durch die Lektüre von Diagramm Nr. 1 wie folgt charakterisieren: Über jede/n zehnte/n Flensburger/in (4; 10 %) wissen wir für eine belastbare Zuordnung zu wenig und drei Personen zählen zu den jungen „ns-sozialisierten“. Jede/r vierte Vertreter/in (10; 25 %) hatte sich während der Regierungszeit der Nationalsozialisten belegbar oppositionell verhalten oder wurde vom NS-Regime verfolgt. Mehr als die Hälfte der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker (23; 57,5 %) hatte sich in den zwölf Jahren ambivalent, angepasst oder auch zurückhaltend verhalten. Niemand lässt sich der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe zuordnen, die zum Funktionieren des NS-Staates wesentlich beigetragen hatten. Auch der Grundorientierung „exponiert /

74 Vgl. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte: Flensburg (Anm. 3), S. 82; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953 (Anm. 66), S. 50; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958. Flensburg 1959, S. 55ff., 64f.

75 Quellendichte: gut: drei; befriedigend: zwölf; ausreichend: 19; unzureichend: sechs.

76 Quellendichte: gut: eine/r; befriedigend: sechs; ausreichend: eine/r; unzureichend: keine/r.

77 Vgl. Danker/Lehmann-Himmel: Landespolitik (Anm. 17), S. 183.

nationalsozialistisch“ gehört keine Person der Flensburger Ratsversammlung an. Somit wird von uns die Teilgruppe der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure innerhalb der Flensburger Kommunalpolitik in der Wahlperiode 1948 bis 1951 auf null Personen bemessen.

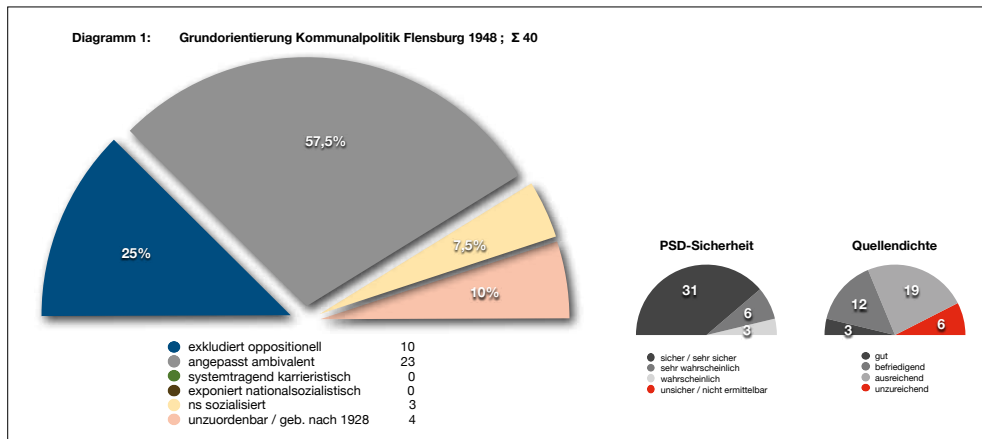


Diagramm 1⁷⁸

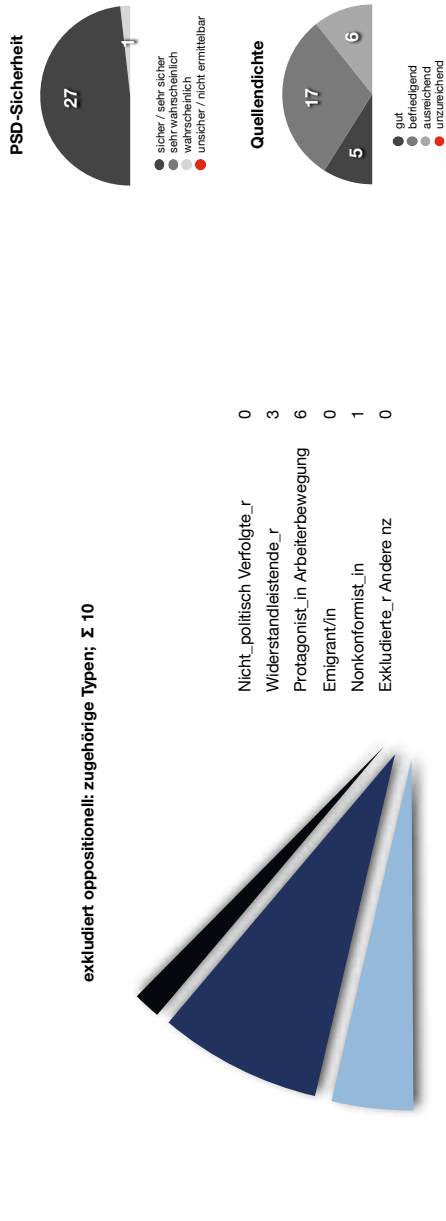
Nach diesem groben Überblick über die Einordnungen in die vier Grundorientierungen, erfolgt nun die Anwendung der Typisierung. Ebenso wie bei der Eingruppierung in die Grundorientierungen orientieren wir uns auch bei der Typisierung an den Definitionen, um den individuell-biografischen Kern der Personen zu bestimmen. Für die 1948 gewählte Flensburger Ratsversammlung gilt die im Diagramm Nr. 2 visualisierte Verteilung der Typen: In der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ dominiert mit neun Personen (6; 22,5 %) der Typ „Protagonist_in der Arbeiterbewegung“. Zudem lassen sich drei Personen als „Widerstandsleistende_r“ einordnen. Dies sind also Personen, denen wir eine Beteiligung an Widerstandshandlungen nachweisen können und die in der Regel während der NS-Zeit verfolgt wurden.⁷⁹ Außerdem findet sich hier auch ein „Nonkonformist“ (1; 2,5 %). Der Typ „Innere_r Emigrant_in“ überwiegt in der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ mit neun Personen (9; 22,5 %). Jedes zehnte Ratsversammlungsmitglied (4; 10 %) typisieren wir als „Angehörige_r traditioneller Eliten“. Den Typen „Jongleur_in“, „Zurückhaltende_r Volksgenosse_in“ und „Politisch Angepasste_r“ ordnen wir je drei Flensburgerinnen bzw. Flensburger zu (3; 7,5 %). Eine Person typisieren wir als „Inkludierte_r Volksgenosse_in“, also als den „Aufgangstyp“ der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“. Diese Person erfüllt zwar die Merkmale der Grundorientierung, lässt sich jedoch keinem Typ zuordnen.⁸⁰

⁷⁸ Basis: Projektdatenbank.

⁷⁹ Vgl. Legende der Datenbank im Anhang, S. 1136.

⁸⁰ Vgl. Legende der Datenbank im Anhang, S. 1137f.

Diagramm 2: Typisierung Flensburger Ratsversammlung 1948; Σ 40



systemtragend karrieristisch: zugehörige Typen; $\Sigma 0$

Höherer Staatsbediensteter	0
(Höheren) Wehrmachtsakteur	0
(Höhere_r) Verbandsfunktionär_in	0
Funktionale_r Träger_in nz	0

exponiert nationalsozialistisch: zugehörige Typen; $\Sigma 0$

„Alter Kämpfer“	0
Akteur_in der Volksgemeinschaft	0
NSDAP Parteifunktionär_in	0
Volkstumsakteur_in	0
Besatzungsakteur_in	0
Verfolgungsakteur_in	0
Exponierte_r Akteur_in	0

Verfolgungsakteure:
 Variante A 0
 Variante B 0

außerdem:
 ns sozialisiert 3
 unzuordenbar/geb nach 1928 4

Diagramm 2⁸¹

81 Basis: Projektdatenbank.

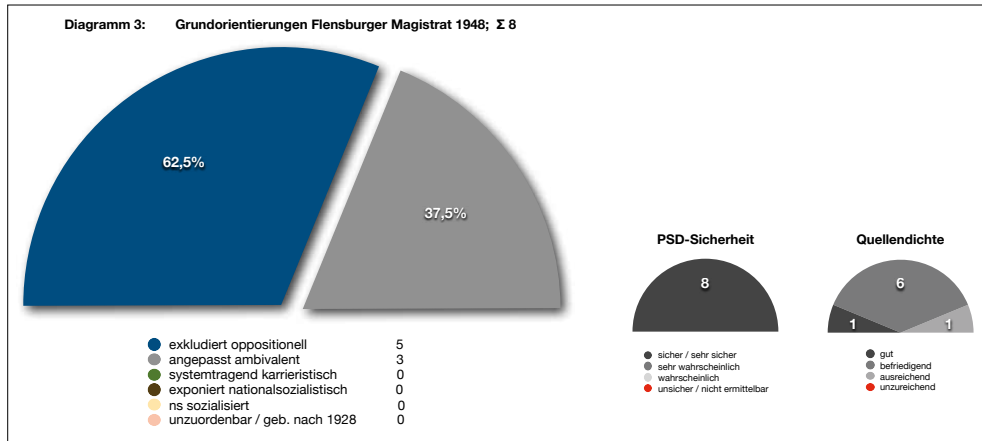


Diagramm 3⁸²

Da acht Politikerinnen und Politiker der Ratsversammlung auch im Magistrat vertreten waren, bildet dieser eine Teilgruppe des erstgenannten Gremiums. Somit kommt es zu keinen neuen Grundorientierungen oder Typen, aber einer anderen Verteilung. Die Mitglieder des Magistrats (Diagramm Nr. 3) lassen sich mehrheitlich (5; 62,5 %) der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zuordnen. Die restlichen drei Vertreterinnen bzw. Vertreter (3; 37,5 %) zeichnen sich durch ein ambivalentes, angepasstes oder auffälliges Verhalten während der NS-Zeit aus. Ebenso wie in der Ratsversammlung ordnen wir folglich auch niemanden aus dem Magistrat in eine der Grundorientierungen, die eine reale Belastung spiegelt, ein.

Im Diagramm Nr. 4 wird die Verteilung der Typen des Magistrats der Wahlperiode 1948 bis 1951 grafisch dargestellt. In der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ sich drei „Protagonisten der Arbeiterbewegung“ (3; 37,5 %) sowie ein „Widerstandsleistender“ und ein „Nonkonformist“ (1; 12,5 %). Die drei Personen, die wir der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ zuordnen, verteilen sich auf die drei Typen: „Jongleur“, also Personen, die sich sowohl durch opportunes als auch abweichendes Verhalten während der Regierungszeit der Nationalsozialisten auszeichneten⁸³, „Angehörige traditioneller Eliten“ und „Inkludierter Volksgenosse“ (1; 12,5 %).

NS-Grundorientierungen und Typisierungen der Wahlperiode 1955–1959

Die Ratsversammlung aus der Wahlperiode 1955 bis 1959 umfasste 33⁸⁴ Personen. Dem Magistrat gehörten in diesem Zeitraum acht⁸⁵ Personen an. Anders als in der Wahlperiode

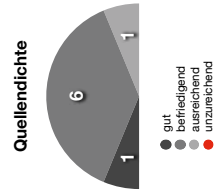
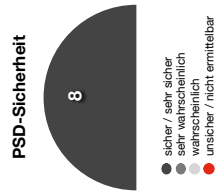
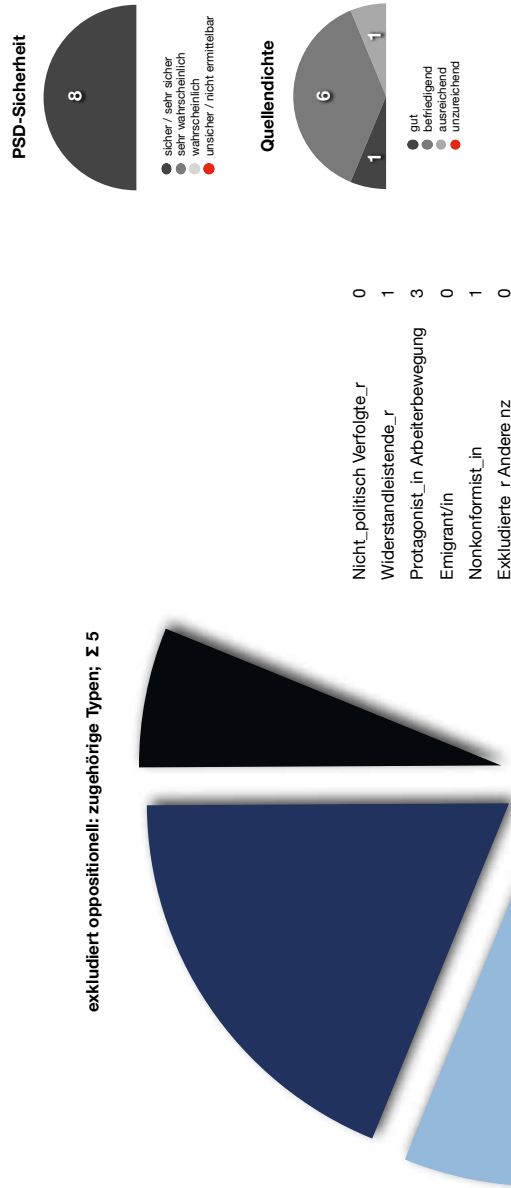
82 Basis: Projektdatenbank.

83 Vgl. Legende der Datenbank im Anhang, S. 1137.

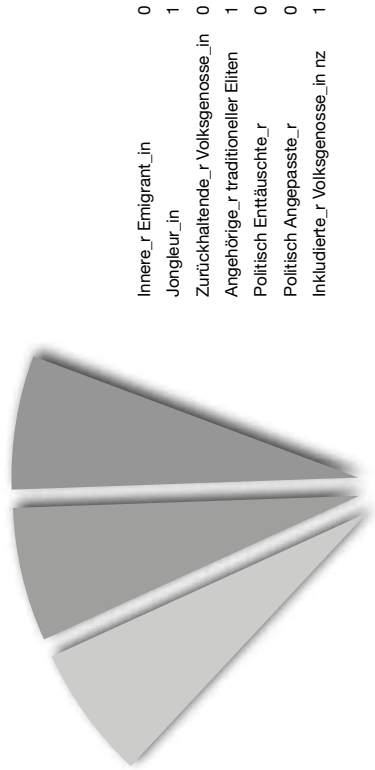
84 Quellendichte: gut: eine/r; befriedigend: elf; ausreichend: 17; unzureichend: vier.

85 Quellendichte: gut: eine/r; befriedigend: zwei; ausreichend: drei; unzureichend: zwei.

Diagramm 4: Typisierung des Flensburger Magistrats 1948; Σ 8



angepasst ambivalent: zugehörige Typen; Σ 3



systemtragend karrieristisch: zugehörige Typen; Σ 0

Höherer Staatsbediensteter	0
(Höherer) Wehrmachtsakteur	0
(Höhere_r) Verbandsfunktionär_in	0
Funktionale_r Träger_in nz	0

exponiert nationalsozialistisch: zugehörige Typen; Σ 0

„Alter Kämpfer“	0
Akteur_in der Volksgemeinschaft	0
NSDAP Parteifunktionär_in	0
Volkstumsakteur_in	0
Besatzungsakteur_in	0
Verfolgungsakteur_in	0
Exponierte_r Akteur_in	0

Verfolgungsakteure:
 Variante A 0
 Variante B 0

außerdem:
 ns sozialisiert 0
 unzuordenbar/geb nach 1928 0

Diagramm 4⁸⁶

86 Basis: Projektdatenbank.

1948 bis 1951 handelt es sich diesmal um zwei disjunkte Mengen, sodass die Verteilungen voneinander unabhängig sind. Insgesamt sind also 41 Personen Teil der Flensburger Stadtvertretung. Ebenso wie für die Wahlperiode 1948 bis 1951 wird nun zunächst die Einordnung der Ratsversammlungsmitglieder in die fünf Grundorientierungen und anschließend in das „Typenmodell“ präsentiert. Abgesehen von 4 Personen (4; 12,1 %) über deren Biografie wir in der NS-Zeit zu wenig für eine belastbare Zuordnung wissen. Die übrigen 29 ordnen wir – genauso wie in der Wahlperiode 1948 bis 1951 in strikter Anwendung der Definitionen und auf Basis der Quellen – jeweils in eine Grundorientierung ein.

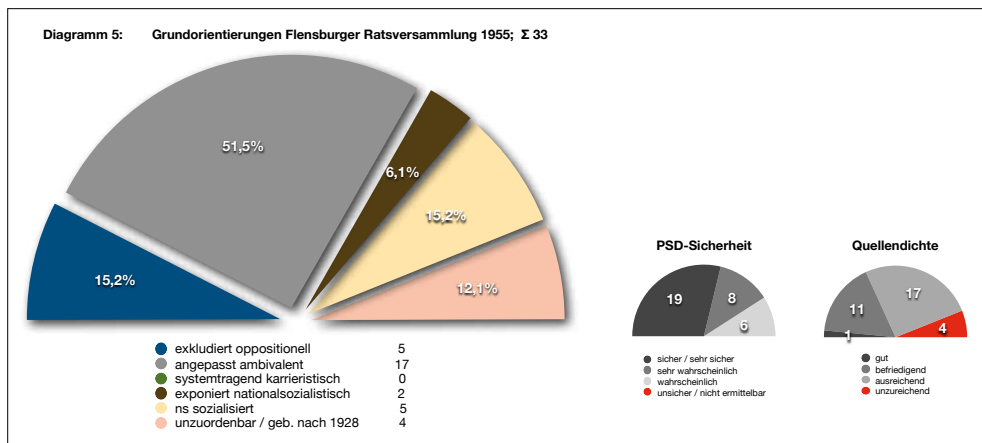


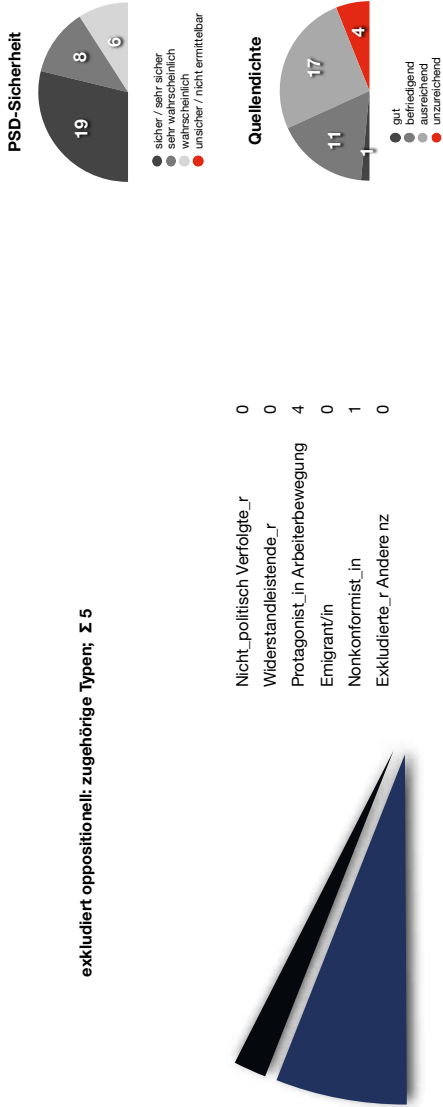
Diagramm 5⁸⁷

Das Profil der Flensburger Ratsversammlung (Diagramm Nr. 5) aus der Wahlperiode 1955 bis 1959 fällt wahrnehmbar anders aus als die Vergleichsgruppe zur zweiten zugelassenen Wahl.⁸⁸ Wir ordnen nur fünf Personen (5; 15,2 %) der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zu. Etwas mehr als die Hälfte der Repräsentantinnen und Repräsentanten (17; 51,5 %) zählen wir zur Kategorie „angepasst / ambivalent“. Niemand lässt sich der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe zuordnen, die zum Funktionieren des NS-Staates wesentlich beigetragen hatten. Zwei Flensburger (2; 6,1 %) erkennen wir als ehemals „exponiert / nationalsozialistisch“ agierende Personen und fünf Akteurinnen und Akteure (5; 15,2 %) ordnen wir aufgrund ihres Geburtsjahres der Grundorientierung „ns-sozialisiert“ zu. Somit besteht die Teilgruppe der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure innerhalb der Flensburger Ratsversammlung in der Wahlperiode 1955 bis 1959 aus zwei Personen bzw. macht 6,1 Prozent aus.

⁸⁷ Basis: Projektdatenbank.

⁸⁸ Näheres im Kapitel „Grundorientierungen der Wahlperioden im Vergleich“.

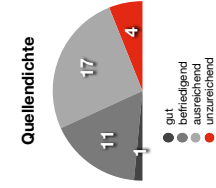
Diagramm 6: Typisierung der Flensburger Ratsversammlung 1955; S 33



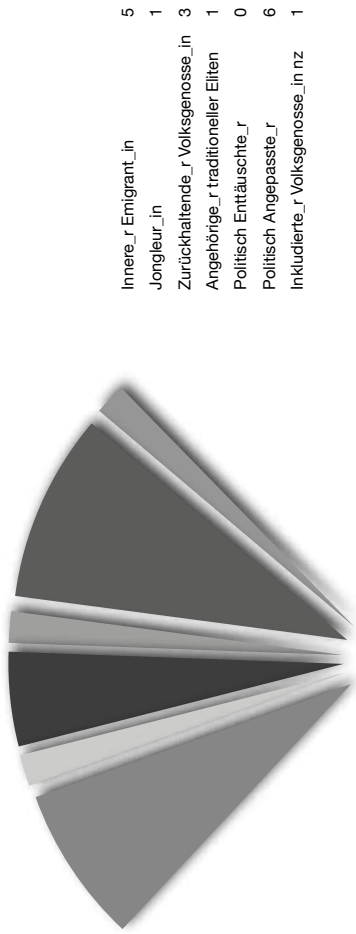
Nicht_politisch Verfolgte_r	0
Widerstandleistende_r	0
Protagonist_in Arbeiterbewegung	4
Emigrant/in	0
Nonkonformist_in	1
Exkludierte_r Andere nz	0



exkludiert oppositionell: zugehörige Typen; S 5



angepasst ambivalent: zugehörige Typen; S 17



systemtragend karrieristisch: zugehörige Typen; Σ 0

Höherer Staatsbediensteter	0
(Höherer) Wehrmachtsakteur	0
(Höhere_r) Verbandsfunktionär_in	0
Funktionale_r Träger_in nz	0

exponiert nationalsozialistisch: zugehörige Typen; Σ 2

„Alter Kämpfer“	0
Akteur_in der Volksgemeinschaft	0
NSDAP Parteifunktionär_in	2
Volksstumsakteur_in	0
Besatzungsakteur_in	0
Verfolgungsakteur_in	0
Exponierte_r Akteur_in	0

Verfolgungsakteure:
 Variante A 0
 Variante B 0

Diagramm 6⁸⁹

außerdem:
 ns sozialisiert 5
 unzuordenbar/geb nach 1928 4

89 Basis: Projektdatenbank.

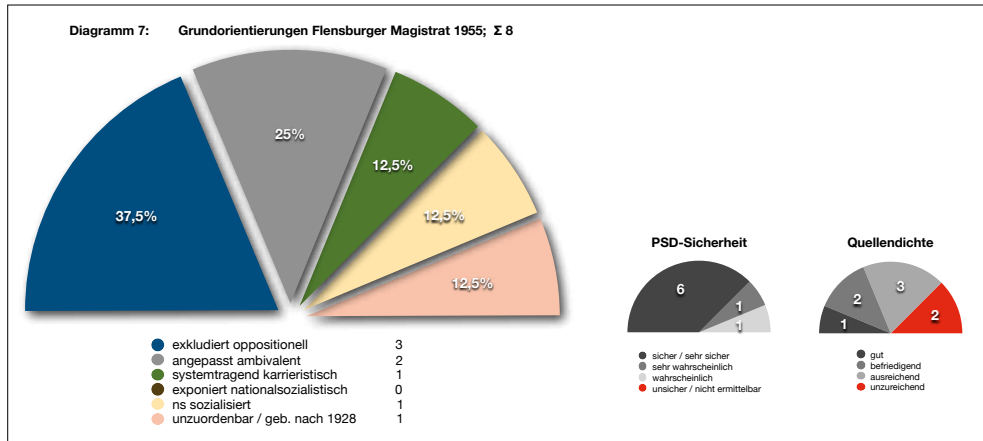


Diagramm 7⁹⁰

Grundorientierungen der Wahlperioden im Vergleich

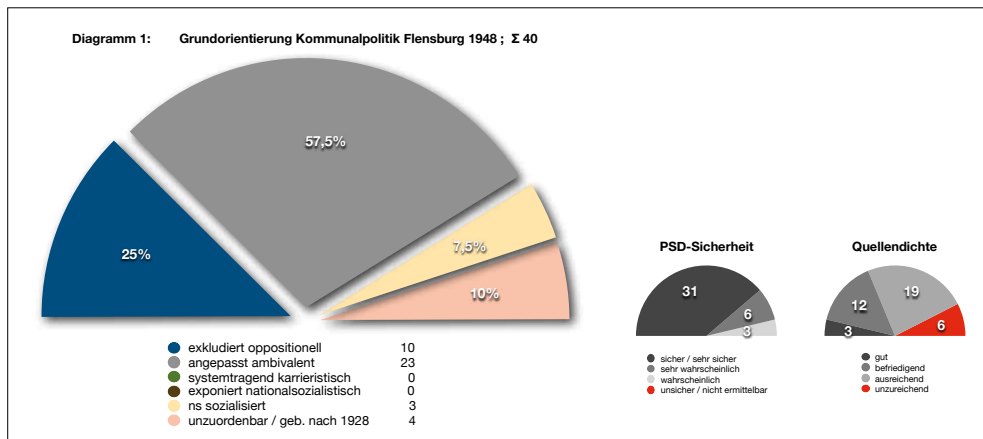


Diagramm 1⁹¹

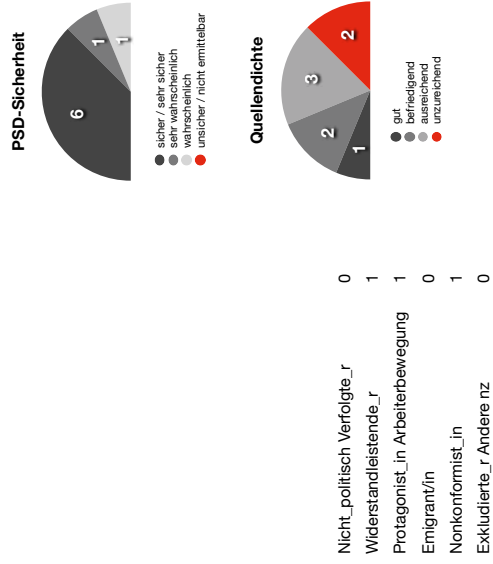
In der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ dominiert der Typ „Protagonist_in der Arbeiterbewegung“ (4; 12,1 %) (Diagramm Nr. 6). Zudem kategorisieren wir eine Person als „Nonkonformisten“ (1; 3 %). Die knappe Mehrheit der Flensburgerinnen und Flensburger dieser Wahlperiode sind der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ zugeordnet, dementsprechend bunt ist die Verteilung der einzelnen Typen: Knapp jeder Fünfte (6, 18,1 %) zeichnet sich durch belegbare Anpassungsschritte während der NS-Zeit aus⁹² und wird von

90 Basis: Projektdatenbank.

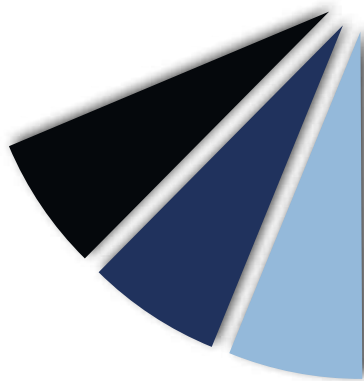
91 Basis: Projektdatenbank.

92 Vgl. Legende der Datenbank im Anhang, S. 1135.

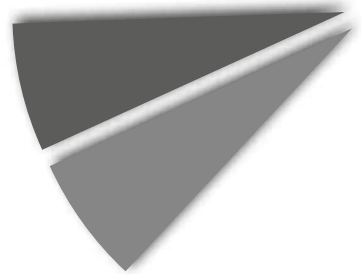
Diagramm 8: Typisierung des Flensburger Magistrats 1955; Σ 8



exkludiert oppositionell: zugehörige Typen; Σ 3



angepasst ambivalent: zugehörige Typen; Σ 2



systemtragend karrieretisch: zugehörige Typen; Σ 1



Höherer Staatsbediensteter (Höherer) Wehrmachtsakteur (Höhere_r) Verbandsfunktionär_in Funktionale_r Träger_in_nz	1 0 0 0
---	------------------

exponiert nationalsozialistisch: zugehörige Typen; Σ 0

„Alter Kämpfer“ Akteur_in der Volksgemeinschaft NSDAP Parteifunktionär_in Volkstumsakteur_in Besatzungsakteur_in Verfolgungsakteur_in Exponierte_r Akteur_in	0 0 0 0 0 0
--	----------------------------

Verfolgungsakteure:
 Variante A 0
 Variante B 0

außerdem:
 ns sozialisiert 1
 unzuordenbar/geb nach 1928 1

Diagramm 8⁹³

93 Basis: Projektdatenbank.

uns deshalb als „Politisch Angepasster“ typisiert. Fünf Politiker (5; 15,1 %) zogen sich während der zwölf Regierungsjahre der Nationalsozialisten nachweislich ins Privatleben zurück und werden daher von uns als „Innerer Emigrant“ erkannt. Darüber hinaus zeichnet sich eine Person (1; 3 %) sowohl durch Anpassungs- als auch Abgrenzungsverhalten aus und gehört deshalb dem Typ „Jongleur“ an. Als „Zurückhaltende_r Volksgenosse_in“ typisieren wir drei Vertreterinnen bzw. Vertreter (3; 9 %). Die letzten zwei Personen dieser Grundorientierung erkennen wir als „Angehörige_r traditioneller Eliten“ und „Inkludierte_r Volksgenosse_in“ (1; 3 %). In der Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“ gehören beide Politiker dem Typ „NSDAP-Parteifunktionär“ (2; 6 %) an.

Wie bereits angedeutet, gibt es, anders als in der Wahlperiode 1948 bis 1951, keine personellen Überschneidungen in den beiden Gremien, sodass wir eine völlig neue und unabhängige Verteilung untersuchen. Mittels der Lektüre des Diagramms Nr. 7 lässt sich über die Verteilung der Grundorientierungen des Magistrats folgendes festhalten: Drei Personen (3; 37,5 %) lassen sich der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zuordnen. Der Kategorie „angepasst / ambivalent“ gehören zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter (2; 25 %) an. Außerdem lässt sich eine der Personen (1; 12,5 %) der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe zuordnen, die zum Funktionieren des NS-Staates wesentlich beigetragen hatten. Letztlich gehört ein Magistratsmitglied (1; 12,5 %) aufgrund des Alters der Grundorientierung „ns-sozialisiert“ an und über die Biografie des letzten Angehörigen des Gremiums (1; 12,5 %) wissen wir zu wenig für eine belastbare Zuordnung. Folglich besteht die Teilgruppe der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure innerhalb des Flensburger Magistrats in der Wahlperiode 1955 bis 1959 aus einer Person bzw. macht 12,5 Prozent aus.

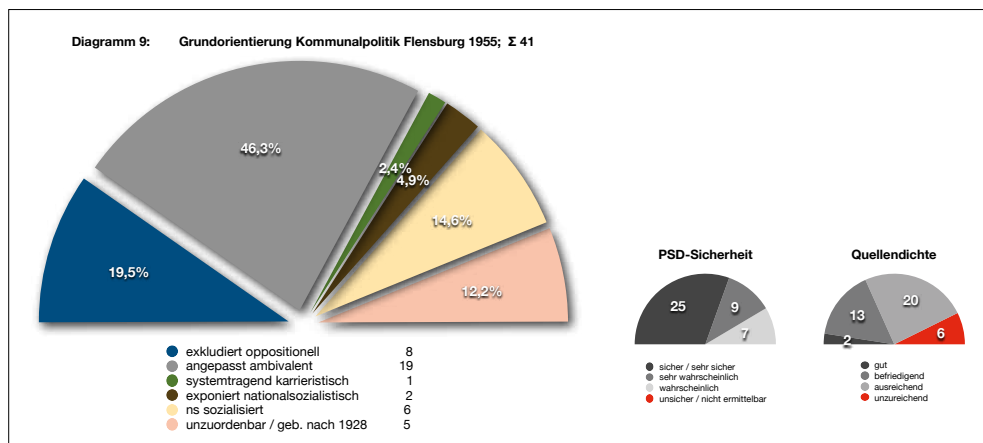


Diagramm 9⁹⁴

94 Basis: Projektdatenbank.

Die acht Mitglieder des Magistrats verteilen sich bunt auf die verschiedenen Typen, keiner kommt doppelt vor (Diagramm Nr. 8). In der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ finden sich ein „Widerstandsleistende_r“, ein „Protagonist_in der Arbeiterbewegung“ sowie ein „Nonkonformist_in“ (1; 12,5 %). Die „angepasst / ambivalenten“ Vertreterinnen bzw. Vertreter im Magistrat typisieren wir als „Innerer Emigrant_in“ und als „Politisch Angepasste_r“ (1; 12,5 %). Das Magistratsmitglied (1; 12,5 %) mit der Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“ zählt zum Typ „Höherer Staatsbedienstete_r“.

In den vorherigen beiden Abschnitten ist die Verteilung der Grundorientierungen und der Typisierungen der Ratsversammlung sowie des Magistrats der Wahlperioden 1948 bis 1951 und 1955 bis 1959 kursorisch beschrieben und bereits eine Differenz zwischen den Kommunalvertretungen angedeutet worden. Im Folgenden sollen die beiden Wahlperioden vergleichend betrachtet werden. Während die Verteilung der Grundorientierungen der Ratsversammlung aus der Wahlperiode 1948 bis 1951 der gesamten kommunalpolitischen Vertretung des Zeitraumes entspricht, gilt dies nicht für die Wahlperiode 1955 bis 1959, da in den 1950er Jahren die Mitglieder des Magistrats nicht in der Ratsversammlung vertreten waren. Deshalb erfolgt nun zunächst die Beschreibung der Einordnung der gesamten kommunalpolitischen Vertretung in der Wahlperiode 1955 bis 1959. Magistrat und Ratsversammlung bestehen gemeinsam aus 41⁹⁵ Personen. Für den Zeitraum gelten nun folgende Zahlen (Diagramm Nr. 9): Zur Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zählen acht Personen, also 19,5 Prozent. Etwas weniger als die Hälfte der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker (19; 46,3 %) zeichnen sich durch ein ambivalentes, angepasstes oder auffälliges Verhalten während der NS-Zeit aus. Ein Mitglied der Gremien (1; 2,4 %) lässt sich der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe zuordnen, die zum Funktionieren des NS-Staates wesentlich beigetragen hatten. Darüber hinaus ordnen wir zwei Vertreter (2; 4,8 %) der Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“ zu. Über die Biografie von fünf Akteurinnen bzw. Akteuren (5; 12,1 %) wissen wir zu wenig für eine belastbare Zuordnung und weitere sechs (6; 14,6 %) zählen wir aufgrund ihres Geburtsjahres zur Kategorie „ns-sozialisiert“.

Bei der Betrachtung der beiden untersuchten Wahlperioden lässt sich eine Verschiebung der Grundorientierungen hin zu den belasteten Kategorien festhalten. Die Anzahl derjenigen, die sich während der NS-Zeit oppositionell verhielten bzw. aus den verschiedensten Gründen aus der NS-Volksgemeinschaft exkludiert wurden, ist um ein Fünftel gesunken.⁹⁶ Während die zweite gewählte Stadtvertretung über die Hälfte aus Politikerinnen bzw. Politikern bestand, die wir in die Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ einordnen, vermindert sich die Zahl in den 1950er Jahren erkennbar.⁹⁷ Erst durch die Wahl im Oktober 1955 gelangte ein Vertreter in die Gremien, den wir in die Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“

95 Quelldichte: gut: zwei; befriedigend: 13; ausreichend: 20; unzureichend: sechs.

96 Unterschied der Häufigkeit der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“: Von 25 % in der Wahlperiode 1948–1951 auf 19,5 % in der Wahlperiode 1955–1959.

97 Unterschied der Häufigkeit der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“: Von 57,5 % in der Wahlperiode 1948–1951 auf 46,3 % in der Wahlperiode 1955–1959.

kategorisieren.⁹⁸ Auch die Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“ verwenden wir erst in der späteren Wahlperiode für zwei Vertreter in den Gremien.⁹⁹ Damit kann konstatiert werden, dass sich die Teilmenge der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure erhöht hat. Während in der zweiten gewählten Stadtvertretung niemand dieser belasteten Gruppe angehört, sind es 1955 drei Kommunalpolitiker (7,2 %).

Grundorientierungen in Kommunal- und Landespolitik im Vergleich

Wie ist die Verteilung der Grundorientierung in der Flensburger Stadtverwaltung einzuordnen? Entspricht sie der „Norm“ oder fällt die prozentuale Verteilung bezüglich der NS-Belastung in der vergleichenden Betrachtung offensichtlich im negativen oder positiven Sinne aus der Reihe? Abschließend kann diese Frage in unserem Beitrag nicht beantwortet werden. Lediglich durch einen Vergleich mit der Süderdithmarscher Kommunalvertretung sowie mit dem Landtag soll jedoch ein erster Schritt der Einordnung stattfinden. Die Süderdithmarscher Kommunalpolitiker stellen eine weitere Untersuchungsgruppe der Landeskontinuitätsstudie II dar und werden in einem anderen Beitrag explizit vorgestellt und untersucht.¹⁰⁰ Für Süderdithmarschen werden die Wahlperioden 1946 bis 1948 und 1955 bis 1959 betrachtet. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stand im Fokus der Landtagskontinuitätsstudie I und, um diesen mit Flensburg und Süderdithmarschen vergleichen zu können, wählen wir aufgrund der zeitlichen Schnittmenge die 1. Wahlperiode (1947–1950) sowie die 3. Wahlperiode (1954–1958) als Vergleichsgruppen aus. Zunächst betrachten wir die Wahlperioden Ende der 1940er Jahre und stellen die Verteilung der Grundorientierungen kursorisch dar.

Die Süderdithmarscher Kommunalpolitik der Jahre 1946 bis 1948¹⁰¹ lässt sich folgendermaßen einordnen (Diagramm Nr. 10): Über jeden fünften Repräsentanten (10; 23,3 %) wissen wir zu wenig für eine belastbare Zuordnung. Etwas weniger als jeder zehnte Vertreter (4; 9,3 %) hatte sich während der Regierungszeit der Nationalsozialisten belegbar oppositionell verhalten oder wurde vom NS-Regime verfolgt. Rund zwei Drittel der Süderdithmarscher (28; 65,1 %) ordnen wir der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ zu. Eine Person (1; 2,3 %) zählt zur Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“. Damit wird von uns die Teilgruppe der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure innerhalb der Süderdithmarscher Kommunalpolitik in der Wahlperiode 1946 bis 1948 auf eine Person bzw. 2,3 Prozent bemessen.

98 Unterschied der Häufigkeit der Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“: Von 0 % in der Wahlperiode 1948–1951 auf 2,4 % in der Wahlperiode 1955–1959.

99 Unterschied der Häufigkeit der Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“: Von 0 % in der Wahlperiode 1948–1951 auf 4,8 % in der Wahlperiode 1955–1959.

100 Vgl. Oertel/Zeidler: Süderdithmarscher Kommunalpolitik; Beitrag in dieser Studie.

101 Quellendichte: gut: keiner; befriedigend: einer; ausreichend: 32; unzureichend: zehn.

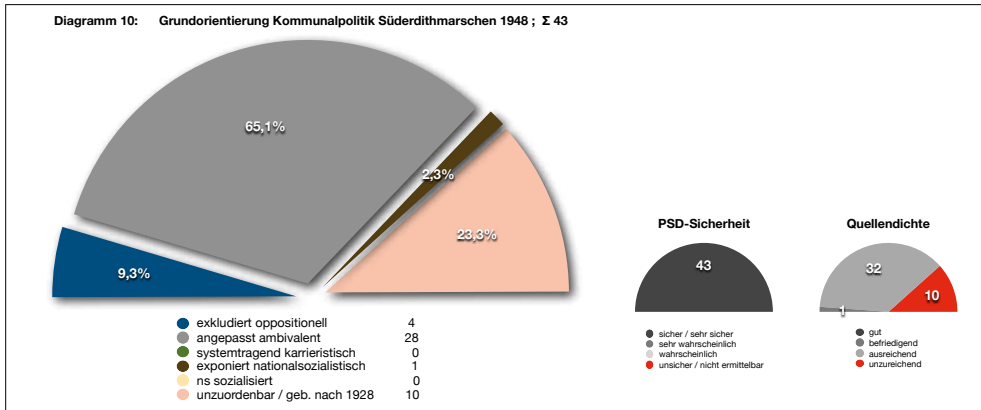


Diagramm 10¹⁰²

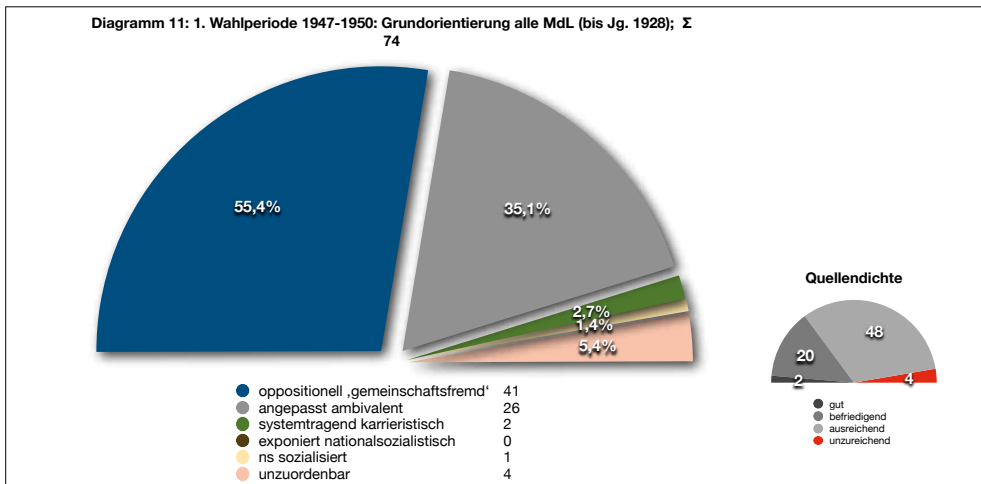


Diagramm 11¹⁰³

Hinsichtlich des Verhaltens in der NS-Zeit lässt sich die Gruppe der Mitglieder des Landtages (MdL) der 1. Wahlperiode¹⁰⁴ durch die Lektüre von Diagramm Nr. 11 wie folgt charakterisieren: Über vier MdL (4; 5,4 %) wissen wir zu wenig für eine belastbare Einordnung und eine Person (1; 1,4 %) ist im Zeitraum 1918 bis 1928 geboren, zählt damit zur Kategorie „ns-sozialisiert“. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten (41; 55,4 %) zeichnet sich durch ein oppositionelles Verhalten in der NS-Zeit aus bzw. wurde von den Nationalsozialisten aus der NS-Volksgemeinschaft ausgeschlossen und verfolgt. Rund ein Drittel der Vertreterinnen und

102 Basis: Projektdatenbank.

103 Basis: Projektdatenbank.

104 Quellendichte: gut: zwei; befriedigend: 20; ausreichend 48; unzureichend: vier.

Vertreter (26; 35,1 %) kategorisieren wir als „angepasst / ambivalent“. Zwei Angehörige des Landtages (2; 2,7 %) gehörten zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe, die wesentlich zum Funktionieren des NS-Staates beitrugen.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede stechen beim Vergleich der drei Teilgruppen hervor? In der Flensburger Kommunalpolitik und im Schleswig-Holsteinischen Landtag zählen deutlich mehr Personen zur Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ als in der Süderdithmarscher Kreisvertretung. In allen drei Teilgruppen zeichnen sich viele Personen durch ein ambivalentes, angepasstes oder auch zurückhaltendes Verhalten während der zwölf Regierungsjahre der Nationalsozialisten aus; in Flensburg und Süderdithmarschen stellen diese die größte Gruppe dar. Während in keiner der Kommunalvertretungen die Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“ vertreten ist, gehören zwei MdL dieser an. Einzig in Süderdithmarschen ordnen wir einen Politiker in die Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“ ein. Insgesamt lässt sich jedoch konstatieren, dass es nur geringe Unterschiede zwischen den drei Teilgruppen gibt.

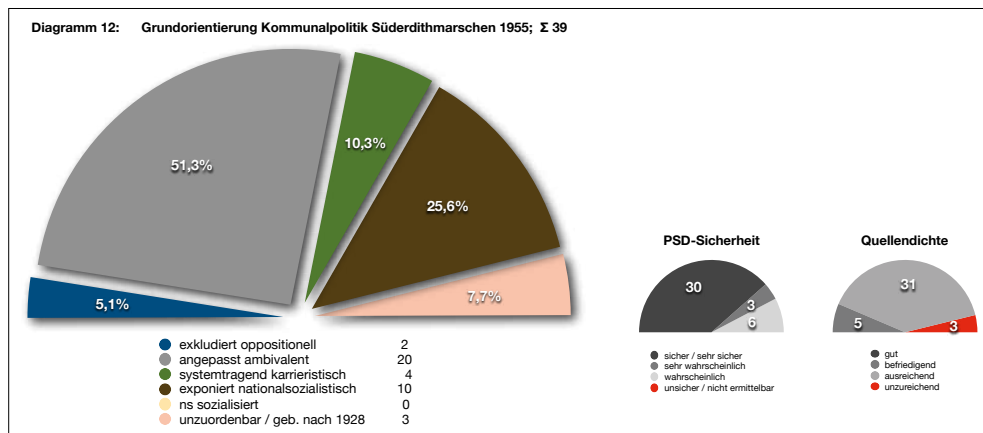


Diagramm 12¹⁰⁵

Wie sieht die Verteilung in den 1950er Jahren aus? Die süderdithmarscher Kommunalpolitik in den Jahren 1955 bis 1959¹⁰⁶ zeichnet folgendes Bild (Diagramm Nr. 12): Aufgrund mangelnder Quellen können wir drei Politiker (3; 7,7 %) nicht einordnen. Nur zwei Personen (2; 5,1 %) ordnen wir der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zu. Ungefähr jeden zweiten Süderdithmarscher (20; 51,3 %) zählen wir zur Kategorie „angepasst / ambivalent“. Jeder zehnte Repräsentant (4; 10,3 %) gehörte zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen oder politischen Führungsgruppe, die wesentlich zum Funktionieren des NS-Staates beitrug. Jeden vierten Vertreter (10; 25,6 %) erkennen wir als ehemals „exponiert / nationalsozialistisch“ agierende Person. Folglich besteht die Teilgruppe der verantwortlichen

105 Basis: Projektdatenbank.

106 Quellendichte: gut: keiner; befriedigend: fünf; ausreichend 31; unzureichend: drei.

und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure innerhalb der Süderdithmarscher Kommunalpolitik in der Wahlperiode 1955 bis 1959 aus 14 Personen bzw. macht 35,8 Prozent aus.

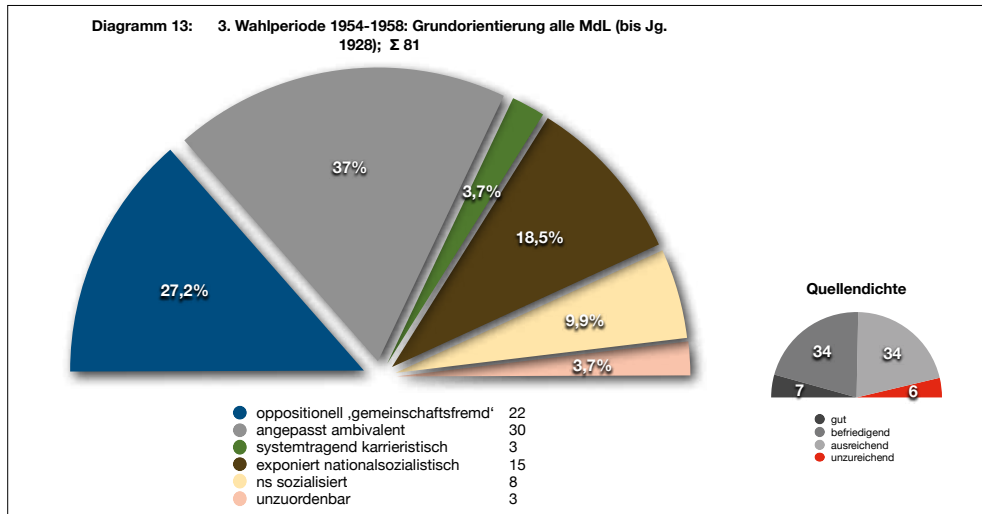


Diagramm 13¹⁰⁷

Den Schleswig-Holsteinischen Landtag der dritten Wahlperiode (1954–1958)¹⁰⁸ charakterisieren wir folgendermaßen (Diagramm Nr. 13): Über die Biografie von drei Personen (3; 3,7 %) wissen wir zu wenig, um eine belastbare Einordnung vornehmen zu können. Fast jedes dritte MdL (22; 27,2 %) zeichnet sich durch ein oppositionelles Verhalten in der NS-Zeit aus bzw. wurde von den Nationalsozialisten aus der NS-Volksgemeinschaft ausgeschlossen und verfolgt. Die meisten Repräsentantinnen und Repräsentanten (30; 37 %) ordnen wir in die Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ ein. Drei Politikerinnen und Politiker (3; 3,7 %) kategorisieren wir als „systemtragend / karrieristisch“. Knapp jedem fünften MdL (15; 18,5 %) können wir nationalsozialistische Belastungen nachweisen. Außerdem sind acht Abgeordnete (8; 9,9 %) im Zeitraum von 1918 bis 1928 geboren, weshalb sie sich in der Kategorie „ns-sozialisiert“ wiederfinden.

In den 1950er Jahren lassen sich deutliche Unterschiede feststellen: So wird in Flensburg knapp jedem fünften Mitglied der Stadtvertretung von uns die Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ zugeordnet. Anders als im Schleswig-Holsteinischen Landtag, wo wir sogar jedes vierte MdL entsprechend kategorisieren oder in Süderdithmarschen, wo es nur rund jeder 20. ist. Allen drei Teilgruppen ist gemein, dass sich die Mehrheit während der NS-Zeit ambivalent, angepasst oder zurückhaltend verhielt. Die Gruppe der verantwortlichen und / oder verstrickten ehemaligen NS-Akteure sticht bei der vergleichenden Betrachtung heraus:

¹⁰⁷ Basis: Projektdatenbank.

¹⁰⁸ Quellendichte: gut: sieben; befriedigend: 34; ausreichend: 34; unzureichend: sechs.

Während diese Personen in Süderdithmarschen mehr als ein Drittel ausmachen (14; 35,9 %) und im Landtag jedes fünfte MdL (18; 22,2 %) der Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“ zugeordnet wird, gehört in Flensburg weniger als ein Zehntel (3; 7,3 %) dazu. Somit lässt sich konstatieren, dass sich die Flensburger Kommunalpolitik durch deutlich weniger NS-Belastung auszeichnet als der Schleswig-Holsteinische Landtag oder gar die Süderdithmarscher Kreisvertretung.

Nach der statistischen Auswertung der Verteilung von Grundorientierungen und Typen stellt sich anschließend die Frage, was für Biografien sich hinter diesen Zahlen verstecken.

3. Exemplarisch biografischer Teil

Im folgenden Abschnitt werden beispielhaft Biografien von Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker beider Wahlperioden in den vier Grundorientierungen „exkludiert / oppositionell“, „angepasst / ambivalent“, „systemtragend / karrieristisch“ und „exponiert / nationalsozialistisch“ vorgestellt.

Kommunalpolitiker in der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“

Wird die Gesamtgruppe der Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker betrachtet, so lässt sich feststellen, dass jede/r Fünfte von ihnen der Grundorientierung „exkludiert / oppositionell“ angehört. Mit anderen Worten: 20 Prozent von ihnen haben sich während der NS-Zeit oppositionell verhalten, waren im Widerstand tätig oder wurden aus verschiedensten Gründen vom NS-Regime verfolgt und aus der NS-Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Um einen Einblick in diese Gruppe der ehemals „Abseitsstehenden“ zu erhalten, betrachten wir die Biografien von Max Beyreis,¹⁰⁹ Friedrich Drews¹¹⁰ und Hugo Hellwig¹¹¹.

109 Beyreis, Max Johann Otto, geb. am 19.05.1900, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948/1955; Flensburg Magistrat 1948, Beruf: Gewerkschaftssekretär, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Protagonist_in Arbeiterbewegung, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: positive berufliche Zäsur, Quellendichte: Befriedigend.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 194; LASH Abt. 354/Nr. 4345; LASH Abt. 354/Nr. 4294; LASH Abt. 354/Nr. 4344; LASH Abt. 354/Nr. 5725; LASH Abt. 761/Nr. 16274; StaFl XIII Pers Beyreis, Max; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 41, 50; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 55.

110 Drews, Friedrich, geb. am 03.01.1898, U.-Gruppe: Flensburg Magistrat 1955, Beruf: Oberbürgermeister, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Protagonist_in Arbeiterbewegung, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: positive berufliche Zäsur, Quellendichte: Gut.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 81; BArch R 9361-V/141049; LASH Abt. 354/Nr. 14739; LASH Abt. 761/Nr. 6235; StaFl XIII Pers Drews, Friedrich; Pust: Könige, S. 233ff.; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 64; Siegfried: Einheitspartei, S. 282.

111 Hellwig, Hugo, geb. am 05.07.1889, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948; Flensburg Magistrat 1948, Beruf: Angestellter, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Widerstandleistende_r, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Gut.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 316; LASH Abt. 352.3/Nr. 8401; LASH Abt. 761/Nr. 19395; StaFl XIII Pers Hellwig, Hugo; Andresen: Arbeiter- und Soldatenräte, S. 11; Klatt: Hattesen, S. 357; Christiansen: Geschichte, S. 20; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42, 50.

Max Beyreis, der am 19. Mai 1900 in Bielefeld zur Welt kam, war in beiden betrachteten Wahlperioden kommunalpolitisch für die SPF / SPD aktiv: 1948 bis 1951 war er sowohl Mitglied der Ratsversammlung als auch des Magistrats sowie 1955 hauptamtliches Magistratsmitglied. Wir typisieren ihn als „Protagonist der Arbeiterbewegung“. Wie sind wir zu dieser Entscheidung gelangt? Vor 1933 gehörte Beyreis der SPD an und Gewerkschaftsmitglied war er bereits seit 1915. Der gelernte Maurer arbeitete Anfang der 1930er Jahre als Gewerkschaftssekretär der Großbaugewerkschaft bzw. des Baugewerksbundes Schleswig. Da er diese Position ab 1933 wegen Berufsverbotes nicht mehr ausüben durfte, war er bis 1936 arbeitslos. Aufgrund seiner Tätigkeit vor 1933 und seiner SPD-Mitgliedschaft wurde er bei seiner Arbeitssuche behindert; auch polizeiliche Hausdurchsuchungen musste er hinnehmen. Schließlich gelang es ihm nach drei Jahren Arbeitslosigkeit eine Anstellung als Maurer / Betonpolier zu erhalten. Von Mai 1933 bis Sommer 1938 war Beyreis Mitglied bei der DAF; vom Winterhilfswerk wurde er ausgeschlossen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges klagte er auf Wiedergutmachung: 1970 wurde eine einmalige Zahlung bewilligt. Dieses Ergebnis war die Folge mangelnder Mithilfe des Sozialdemokraten, welcher Fristen versäumte und Nachweise zu spät oder gar nicht erbrachte. Er erhielt die Möglichkeit wieder als Gewerkschaftssekretär zu arbeiten und verblieb bis zur Rente in dieser Position.

Auch Friedrich Drews, der in den 1950er Jahren hauptamtlich im Flensburger Magistrat tätig war, ordnen wir als „Protagonist der Arbeiterbewegung“ ein. Der in Plate im Kreis Schwerin Geborene, zeichnet sich ebenfalls durch eine SPD-Mitgliedschaft vor 1933 aus. Nach abgeschlossener Gesellenprüfung ließ sich Drews zum Lehrer ausbilden. Im Zuge des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im Frühjahr 1933 wurde er aus seiner Position als Volksschullehrkraft entlassen. Danach fand er eine Anstellung in der Süßigkeitenfabrik seines Schwiegervaters. Dies änderte sich erst sechs Jahre später, er wurde als Notdienstverpflichteter zum Zollgrenzschutz in Flensburg einberufen. Am 16. Mai 1945 wurde Drews von der britischen Militärregierung zum Bürgermeister der Stadt Flensburg ernannt. Er trat nach dem Zweiten Weltkrieg wieder der SPF / SPD bei und wurde in den Folgejahren hauptamtlicher Stadtrat, (Ober-)Stadtdirektor und Oberbürgermeister. 1955 legte er letztgenanntes Amt wegen Krankheit nieder; 1958 verstarb der Sozialdemokrat.

Als letzte Person soll in diesem Zusammenhang Hugo Hellwig vorgestellt werden. Anders als Beyreis und Drews ordnen wir ihn als „Widerstandsleistenden“ ein. Der 1908 in die SPD Eintretene war auch Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten bis zu dessen Auflösung. 1918 / 1919 engagierte sich Hellwig als Vertreter der Genesungskompanie im Arbeiter- und Soldatenrat Flensburg. Seit 1920 arbeitete der Sozialdemokrat bei der Flensburger Volkszeitung, sieben Jahre später war er Teil der Redaktion. Diese Position übte Hellwig bis März 1933 aus. Darauf folgten vier Jahre Arbeitslosigkeit. Aufgrund seiner Tätigkeit bei der Flensburger Volkszeitung wurde er 1 ¼ Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt, das Arbeitsamt durfte ihn erst ab dem Frühjahr 1937 vermitteln. Dann erhielt er für einige Monate eine Stelle als Aushilfsschreiber der Staatsanwaltschaft und geriet ab Oktober 1937 wieder in die Arbeitslosigkeit. Im Februar des darauffolgenden Jahres wurde er als Buchhalter bei der Kreisspar-

kasse Flensburg eingestellt. Zudem war Hellwig Teil der Widerstandsgruppe „Anna“, wie bereits ausgeführt. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb er weiterhin bei der Bank beschäftigt und trat wieder der SPF / SPD bei. 1954 stellte er beim Landesentschädigungsamt einen Antrag auf finanzielle Entschädigung; mit Erfolg.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“

Fast die Hälfte aller Akteurinnen und Akteure der Flensburger Kommunalpolitik ordnen wir der Grundorientierung „angepasst / ambivalent“ zu – entsprechend bunt sind die Typen dieser Grundorientierung verteilt. Im Folgenden werden die Biografien von drei unterschiedlichen Individuen vorgestellt: ein „Jongleur“, ein „Politisch Angepasster“ und eine „Angehörige traditioneller Eliten“.

Jens Hansen¹¹² wurde am 18. April 1895 in Norburg / Sonderburg geboren. Er trat 1919 in die Freie Gewerkschaft ein und vier Jahre später in die SPD. 1919 begann er seinen Dienst bei der Deutschen Reichspost als Telegraphenarbeiter in Flensburg. Während der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde er in zahlreichen Massenorganisationen Mitglied: Postschutz (1936–1939), DAF (1933–1940), NSV (1934–1945), Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (1938–1940), Reichsbund der deutschen Beamten (1940–1945) und NS-Reichsbund für Leibesübungen (NSRL) (1936–1945). Bis 1939 war er lediglich Telegraphen-Arbeiter; wegen seiner SPD-Mitgliedschaft und dem Nichteintritt in die NSDAP wurde seine Verbeamtung bis zu diesem Moment abgelehnt. 1940 änderte sich dies, als sich der Kreisführer im NSRL Obersturmbannführer Jehs für ihn einsetzte. Von 1939 bis 1945 leistete Hansen Kriegsdienst. Nach dem Ende des Krieges kehrte er zurück nach Flensburg und nahm seine Tätigkeit beim Telegraphenbauamt wieder auf. Ende der 1940er Jahre stellte er einen Antrag auf Wiedergutmachung: Angleichung des Dienstrangalters und Zulassung zur Prüfung als Leitungsaufseher; beidem wurde stattgegeben. Zudem trat er wieder in die SPF / SPD ein und zog für sie bei den Kommunalwahlen 1948 in die Flensburger Ratsversammlung ein.

112 Hansen, Jens, geb. am 18.04.1895, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948, Beruf: Oberpostsekretär (Telegraphen-Leitungsaufseher), GO: angepasst ambivalent, Typ: Jongleur_in, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 303; BArch Pers 101/5964; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42.

Carl Jensen¹¹³ war bereits während der Weimarer Republik kommunalpolitisch aktiv: Von 1919 bis 1933 wirkte er als Stadtverordneter in Flensburg für den Bürgerblock. Zu dieser Zeit war er auch Lehrer an der Schule in Twedterholz in der Fördestadt. Ab 1930 hatte Jensen die Stelle des Rektors an der Mürwikschule inne. Diesen Posten füllte er auch die gesamte NS-Zeit lang aus. Im Juni 1933 trat er dem NS-Lehrerbund bei. Mitgliedschaften in der NSV, im RLB und schließlich 1941 in der NSDAP folgten – offensichtliche Anpassungsschritte. Auch unter britischer Militärverwaltung blieb Jensen in der Position des Rektors; er übte diesen Beruf bis zu seiner Pensionierung aus. Nach dem Ende seiner schulischen Laufbahn engagierte sich der Flensburger kommunalpolitisch: In den 1950er Jahren war er sowohl Ratsherr als auch Stadtpräsident. Dieses Engagement wurde letztlich mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille gewürdigt.

Greta Korn¹¹⁴ ist eine der fünf Frauen, die sich in den beiden untersuchten Wahlperioden in der Kommunalpolitik Flensburgs betätigte. Am 8. Juli 1899 kam sie in Hamburg zur Welt. Ab 1922 arbeitete die geborene Erichsen als Privatsekretärin in der Brauerei ihres Vaters. Ein Jahr später heiratete sie ihren ersten Mann und zog nach Flensburg, da sich dort seine Schiffsreederei befand. Neun Jahre später verstarb ihr Gatte und sie übernahm die Geschäftsführung der Heinrich Schmidt GmbH. Die Firma führte sie auch während der NS-Zeit weiter. Sie schloss sich 1936 der DAF an und im Jahr 1942 dem Deutschen Frauenwerk sowie dem Deutschen Roten Kreuz. 1938 heiratete sie den Marineoffizier Hans Korn. Es war geplant, dass er den Dienst quittiert und dann gemeinsam mit seiner Frau das Unternehmen führt. Doch es kam anders: 1940 lief sein Minensuchboot vor Ostende auf eine Mine. Korn ließ sich von diesen Schicksalsschlägen jedoch nicht unterkriegen und baute den Betrieb weiter aus: Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges besaß die Reederei fünf Frachtschiffe; zwei davon sanken und die restlichen drei musste sie nach Kriegsende abgeben. Trotz der Widrigkeiten führte sie die GmbH auch nach 1945 weiter und baute diese wieder auf – zur größten Schiffsreederei Flensburgs. 1955 bis 1962 war sie Mitglied in der Flensburger Ratsversammlung für die CDU, danach kandidierte sie nicht erneut. Aufgrund ihrer Leistungen für die wirtschaftliche und politische Konsolidierung der Verhältnisse in Flensburg nach 1945 erhielt sie 1959 das Verdienstkreuz am Bande.¹¹⁵ Anfang der 1960er Jahre schied Korn aus dem Vorstand der Firma aus, blieb aber weiterhin Mitglied des Aufsichtsrates und Hauptaktionärin.

113 Jensen, Carl, geb. am 01.03.1879, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Rektor a.D., GO: angepasst ambivalent, Typ: Politisch Angepasste_r, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend. Personennachweise: LASH Abt. 811/Nr. 11880; BArch R 9361-IX Kartei/18240188; BArch R 9361-VIII Kartei/13820478; StaFl XIII Pers Jensen, Carl; Pust: Könige, S. 251f.; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 56.

114 Korn, Greta (Gretchen), geb. am 08.07.1899, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Reederin, GO: angepasst ambivalent, Typ: Angehörige_r traditioneller Eliten, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend. Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 381; LASH Abt. 605/Nr. 13802; StaFl XIII Pers Korn, Greta; Lebens-Ibs: Korn, S. 96f.; CDU-Kreisverband Flensburg (Hrsg.): 50 Jahre, S. 45; Philippen: Köpfe (2011), S. 79–82; Groß: Korn, S. 112ff.

115 Vgl. Ordensakte, LASH Abt. 605/Nr. 13802.

Kommunalpolitiker in der Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“

Dr. Ulrich Fulda¹¹⁶ ist die einzige Person in der Flensburger Kommunalpolitik der beiden untersuchten Wahlperioden, die wir der Grundorientierung „systemtragend / karrieristisch“ zuordnen. Fulda, der am 14. Oktober 1911 in Kattowitz / Schlesien zur Welt kam, war der Sohn von Konrad Fulda, dem Polizeipräsidenten Flensburgs in den Jahren 1931 bis 1937. Er studierte Anfang der 1930er Jahre Rechts- und Staatswissenschaften in München, Genf sowie Marburg. Der gebürtige Kattowitzer legte 1934 die erste Staatsprüfung ab und war anschließend bis Juli 1936 Gerichtsreferendar am Amtsgericht Leck. An dieser Stelle sei ein kurzer Blick in seine Dissertation „Wesen des völkerrechtlichen Mandats nach dem Völkerbundstatut, insbesondere im Unterschied gegen die Kolonien“ aus dem Jahr 1934 gestattet: Er sprach sich darin dafür aus, dass Deutschland ein Recht auf seine Kolonien hätte. Die Rückgabe dieser liege, so Fulda, „im Interesse des Vaterlandes – liegt im Interesse der Eingeborenen – liegt im Interesse des Völkerrechts.“¹¹⁷

1936 beantragte Fulda seine Entlassung aus dem Reichsdienst und begann daraufhin als Regierungsreferendar bei der Regierung in Köln. In seinem Arbeitszeugnis aus Leck wird ihm eine aufgeschlossene Haltung gegenüber dem NS-Regime attestiert, sowohl im Beruf als auch Privat.¹¹⁸ Zum 1. Mai 1937 trat er in die NSDAP ein; ob der spätere Flensburger Kommunalpolitiker in weiteren Organisationen Mitglied war, ist unklar. Bis zum Sommer 1939 blieb Fulda in Köln. Anschließend zog ihn nach der Absolvierung der zweiten Staatsprüfung ein Posten als Regierungsassessor zurück nach Schlesien. Dort verblieb er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und stieg noch 1942 zum Regierungsrat auf. Parallel leistete er zunächst Wehr- und später Kriegsdienst und geriet im August 1945 in Internierungshaft. Ein Jahr verbrachte er in den Lagern Recklinghausen und Paderborn. 1947 wurde er als Stadtsyndikus in Flensburg angestellt; in dieser Position verblieb er bis 1950. Danach wurde er hauptamtliches Magistratsmitglied für die CDU. Nach dreimaliger Wiederwahl trat er 1976 in den Ruhestand ein.

116 Fulda, Dr. Ulrich, geb. am 14.10.1911, U.-Gruppe: Flensburg Magistrat 1955, Beruf: Magistratsmitglied (hauptamtlich), GO: systemtragend karrieristisch, Typ: Höherer Staatsbediensteter, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Behinderung im Fortkommen, Quellendichte: Befriedigend. Personennachweise: BArch R 9361-IX Kartei/10081489; LASH Abt. 460.18/Nr. 83; LASH Abt. 354/Nr. 8256; LASH Abt. 355.28/Nr. 141; StaFl XIII Pers Fulda, Ulrich; Pust: 35 Jahre, S. 9.

117 Personalakte, Ausschnitt Dissertation, StaFl XIII Pers Fulda, Ulrich.

118 Vgl. Personalakte, Zeugnis vom 17. Januar 1936, LASH Abt. 355.28/Nr. 141.

Kommunalpolitiker in der Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“

Hans-Dietrich von Horn¹¹⁹ und Oskar Lambrecht¹²⁰ – zwei Persönlichkeiten aus der Flensburger Ratsversammlung 1955 – zählen wir als einzige zur Grundorientierung „exponiert / nationalsozialistisch“. Auch ordnen wir beide demselben Typ zu: „NSDAP-Parteifunktionär“.

Der 1901 in Prenzlau geborene von Horn war 1 1/2 Jahre in einem Freikorps und im Grenzschutz Oberschlesien aktiv und am Küstriner Putsch beteiligt.¹²¹ Bereits am 1. Mai 1932 trat er der NSDAP bei. Anfang der 1930er Jahre arbeitete er ein Jahr lang bei einer Pommerschen Tagespost, diese Stellung gab er jedoch auf, da die Zeitung negativ über die NSDAP berichtete. Anschließend war von Horn bis Herbst 1933 bei der NSDAP-Gauzeitung beschäftigt; zunächst als Angestellter, dann als Geschäftsstellenleiter. Während der zwölf Regierungsjahre der Nationalsozialisten verlor er immer wieder seine Anstellung, er stand bei verschiedenen Gauverlagen unter Vertrag. Entsprechend seines Berufes wurde er ab 1934 Mitglied der Reichspressekammer. Darüber hinaus ist auch eine Mitgliedschaft bei der NSV belegt. Nach eigener Angabe zog er seinen Mitgliedsantrag bei der SS wieder zurück.

Ende der 1940er Jahre wurde von Horn im Zuge der Entnazifizierung zunächst in die Kategorie IV „Mitläufer“ eingestuft und zu einer Zahlung von 300 DM in den Wiederaufbaufonds verurteilt. Er legte jedoch Berufung ein und es kam zu einer Umwandlung in die Kategorie V „Entlastete“. Aus den vorliegenden Quellen geht nicht hervor, was von Horn bis 1951 machte. Ab dem Jahr 1951 war er als Redakteur der Wochenzeitschrift „Stimme zur Woche“ tätig. In diesem Zusammenhang wurden Strafverfahren gegen ihn wegen Beleidigung eingeleitet. Im April 1955 wählte ihn die Bevölkerung für die WDF in die Flensburger Ratsversammlung.

Auch Oskar Lambrecht, der am 9. Juli 1902 in Winiec / Posen geboren wurde, war bereits ein frühes Mitglied der NSDAP. Am 1. Januar 1931 trat der gelernte Kaufmann der Partei bei und zählt damit zu den „Alten Kämpfern“. Das ehemalige Mitglied des Freikorps Courbiere schloss sich im September 1931 auch der SS an. Dort stieg er stetig auf bis zum Obersturmbannführer.

119 von Horn, Hans-Dietrich, geb. am 22.04.1901, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Journalist, GO: exponiert nationalsozialistisch, Typ: NSDAP-Parteifunktionär_in, Pol. Orient. WR: antirepublikanisch/rechts (DVP, DNVP/Völkische/NSDAP), Bruch 1945: Unklar/keine Infos, Quellendichte: Ausreichend.

Personennachweise: BArch R 9361-IX Kartei/16911093; LASH Abt. 460.18/Nr. 332; LASH Abt. 354/Nr. 3016; LASH Abt. 354/Nr. 3025; BArch R 9361-I/47035; BArch R 9361-VIII Kartei/12430877.

120 Lambrecht, Oskar, geb. am 09.07.1902, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Pensionär, GO: exponiert nationalsozialistisch, Typ: NSDAP-Parteifunktionär_in, Pol. Orient. WR: antirepublikanisch/rechts (DVP, DNVP/Völkische/NSDAP), Bruch 1945: Unklar/keine Infos, Quellendichte: Ausreichend.

Personennachweise: BArch R 9361-III/113177; BArch R 9361-III/539183; BArch R 9361-IX Kartei/24540619; BArch Pers 6/179418; StaFl XIII Pers Lambrecht, Oskar; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–58, S. 56.

121 Vgl. Bernd Sauer: Die „schwarze Reichswehr“ und der geplante „Marsch auf Berlin“. In: Uwe Schaper (Hrsg.): Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin (2008), S. 113–150, hier S. 121: Um sich vor einer Verhaftung zu bewahren, befahl Bruno Ernst Buchrucker, der Führer der „Schwarzen Reichswehr“, den in Küstrin stationierten Kompanien am 1. Oktober 1923 die Festungswerke Küstrins zu besetzen.

rer im Jahr 1942. Zudem machte er Karriere beim Militär. Schon in den 1920er Jahren war er bei der Reichswehr und erlangte den Rang Unteroffizier. Neben seiner Tätigkeit als Gauamtsleiter der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung (NSKOV) im Gau Pommern¹²², betätigte er sich bei der Wehrmacht und wurde 1945 zum Hauptmann ernannt. Er erhielt im Zuge seiner Einsätze im Zweiten Weltkrieg sowohl das schwarze als auch das silberne Verwundetenabzeichen. Über sein Leben nach 1945 wissen wir kaum etwas. Bekannt ist jedoch, dass er als Mitglied der WDF 1955 in die Ratsversammlung von Flensburg einzog.

4. Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Flensburger Ratsversammlung

Nach den statistischen Auswertungen und den biografischen Beispielen soll nun darauf geschaut werden, ob das Thema der NS-Vergangenheit (der eigenen Mitglieder) in den Debatten der Ratsversammlung eine Rolle spielte und ob diese als politisches Argument genutzt wurde. Dies ist anhand der Protokollbücher der Ratsversammlungen möglich, in denen die geführten Debatten in Paraphrase dokumentiert worden sind.¹²³ Die Protokollbücher der Magistratsversammlungen geben dagegen für den betreffenden Zeitraum kaum interne Diskussionen wieder, sondern dokumentieren in der Regel nur die Beschlüsse, weshalb auf eine Analyse verzichtet wurde.

NS-Vergangenheit (der Mitglieder) in den Debatten der Ratsversammlung

Nach Sichtung der Protokolle der Ratsversammlung 1955 bis 1959 lässt sich konstatieren, dass die NS-Belastung von Mitgliedern der Gremien kein Thema war. In der Tat waren die Rollen der handelnden Personen in der vergangenen Diktatur auch vergleichsweise wenig exponiert. Daher gab es auch wenig Anlass zur Thematisierung.

Bei der Debatte in der Ratsversammlung vor der Wahl von Thomas Andresen 1955 zum Oberbürgermeister von Flensburg – die gleichsam als Ausdruck des Endes der pro-dänischen Dominanz in der Ratsversammlung gesehen werden muss – spielten persönliche Befindlichkeiten und auch der deutsch-dänische Konflikt eine Rolle. Die angepasste Rolle Andresens im Nationalsozialismus war dagegen kein Gegenstand der Debatte, auch nicht von Seiten der sieben „exkludiert / oppositionell“ grundorientierten Mandatsträgerinnen und Mandats-träger.¹²⁴ Die politische Toleranz ging sehr weit: man ging auch kollegial mit dem einzigen Vertreter des Deutschen Wahlblocks Flensburgs Hans-Günter Borchert¹²⁵ um, der keine

122 Vgl. Personenbezogene Unterlagen der SS und SA, BArch R 9361-III/539183.

123 Vgl. den Bestand StaFl II A 1 im Stadtarchiv. Aufgrund der Quellenüberlieferung wurden lediglich die Protokolle der Wahlperiode 1955–1959 einer Sichtung unterzogen.

124 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 17. Mai 1955, StaFl II A 1 Bd. 17 Ratsprotokolle 1955.

125 Borchert, Hans-Günter Otto, geb. am 10.04.1920, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Lehrer, GO: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Typ: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Behinderung im Fortkommen, Quellendichte: Ausreichend. Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 203; BArch R 9361-III/518259; BArch R Z 42-VII/2086; BArch R 9361-III/18440; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 55.

Fraktion hinter sich hatte.¹²⁶ Der Sozialdemokrat Max Beyreis warb in der Debatte mit Fairness und Nachsicht dafür, den noch jungen Borchert in die Arbeit des Rats und der Ausschüsse einzubinden.¹²⁷ Ob Beyreis von der SS-Mitgliedschaft Borcherts wusste, ist unbekannt, aber eher unwahrscheinlich.

Auch die NS-Zeit in Flensburg selbst war kein Thema in der Ratsversammlung; markant ist ausschließlich eine Debatte um die Errichtung einer Gedächtnisstätte für die Kriegstoten aus Flensburg, die hier detailliert vorgestellt werden soll.

Debatte der Ratsversammlung zur Errichtung einer Gedächtnisstätte für Kriegssopfer

1956 brachte die WDF-Fraktion einen Antrag zur Errichtung einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen und Kriegstoten ein.¹²⁸ An dieser ersten Debatte beteiligten sich sechs Ratsmitglieder. Den Anfang machte Dr. Hanno Schmidt¹²⁹, der im Zweiten Weltkrieg unabkömmlich¹³⁰ gestellt war, der am Beginn der Sitzung auf den „Ernst“ und die „Würde“ des Themas hinwies.¹³¹ Nach seinem Vorschlag sollte der Tagesordnungspunkt „Errichtung einer Gedächtnisstätte“ vorrangig bereits nach der Vereidigung der neuen Magistratsmitglieder behandelt werden. Er begründete seinen Antrag zur Geschäftsordnung mit den Worten: „Es sei eine Angelegenheit, die alle Bürger der Stadt angehe ohne Unterschied des politischen und nationalen Bekenntnisses.“¹³² Gegen den Antrag erhob sich kein Widerspruch, sodass nach der Vereidigung des Magistrats zur Sache gesprochen wurde.¹³³

Für die WDF-Fraktion begründete Fritz Lüder Wohlers,¹³⁴ selbst von 1940–1945 Soldat und anschließend bis 1949 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, den Antrag mit einem

126 Der Deutsche Wahlblock Flensburg als örtliche Sonderliste bündelte Kandidaten des Schleswig-Holstein-Block (SHB), der Deutschen Partei (DP) und der Deutschen Reichs-Partei (DRP); vgl. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1958. Kiel 1958, S. 36.

127 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 22. September 1955, StaFl II A 1 Bd. 17 Ratsprotokolle 1955.

128 Vgl. Niederschriften der Ratsversammlungen vom 4. Mai 1956 und 25. Oktober 1956, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

129 Schmidt, Dr. Hanno, geb. am 02.06.1893, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955; MdL, Beruf: Chefredakteur, GO: exkludiert / oppositionell, Typ: Nonkonformist_in, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Kontinuierlich integriert, Quellendichte: Befriedigend. Personennachweise: Schmidt, Dr. Hanno BArch R 9361-V/151609; LASH Abt. 460.18/Nr. 510; LASH Abt. 354/Nr. 4178; LASH Abt. 605/Nr. 14165; StaFl XIII Pers Schmidt, Hanno; Pust: Könige, S. 253ff; LIS-SH: Schmidt.

130 Diese Stellung verschonte Facharbeiter und Mitarbeiter in zivilen Bereichen vor einem Fronteinsatz, weil deren Tätigkeit als zu relevant für den NS-Staat bewertet wurde, vgl. Rolf-Dieter Müller: Hitlers Wehrmacht 1935–1945. München 2012, S. 99.

131 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 4. Mai 1956, S. 1, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

132 Ebd., S. 1.

133 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 4. Mai 1956, S. 1–6, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

134 Wohlers, Fritz Lüder, geb. am 27.10.1906, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Prokurist, GO: nicht zuordenbar/geb. nach 1928, Typ: nicht zuordenbar/geb. nach 1928, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Behinderung im Fortkommen, Quellendichte: Unzureichend. Personennachweise: StaFl XIII Pers Wohlers, Fritz-Lüder; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 57.

wahrnehmbaren städtischen Bedürfnis nach solch einer Gedenkstätte, auf die sich auch eine „Arbeitsgemeinschaft der soldatischen Verbände und die vielen Hinterbliebenen“ einigen könnte, die sonst – bei Nichtrealisierung – erwäge, für einzelne Truppenteile und Waffengattungen Gedenksteine aufzustellen.¹³⁵ Als Ort schlug Wohlers den Alten Friedhof vor, weil dieser „Würde“ besäße und bereits andere Kriegsofferdenkmäler von „Soldaten vieler Nationen aus verschiedenen Kriegen beherberge“.¹³⁶ Wohlers schloss seinen Redebeitrag mit dem Antrag auf Errichtung einer „Gedächtnisstätte für alle Toten des letzten Krieges“, möglichst bereits am Totensonntag 1956.¹³⁷

Als zweiter Redner sagte Frederik Mommsen¹³⁸, selbst auch 1943–1945 Soldat, für die SSW-Fraktion, dass seine Fraktion das Anliegen unterstütze, weil man es den „Toten schuldig sei“, dass aber Detailfragen – unter anderem wollte seine Fraktion noch eine nicht näher spezifizierte Stellungnahme des Landeskonservators Dr. Hirschfeld abwarten – noch offen seien und dass der Antrag deshalb noch nicht reif zur Abstimmung sei; er plädierte daher für eine Überweisung in die Ausschüsse.¹³⁹ Wohlers ergriff sofort wieder das Wort und stimmte den Vorschlägen Mommsens zu, allerdings bestand er auf einen Grundsatzbeschluss in der laufenden Sitzung und gleichzeitig deutete er an, dass die Bedenken – die bislang von Landeskonservator Dr. Hirschfeld und Dr. Fuglsang¹⁴⁰ erhoben wurden – ausgeräumt seien.¹⁴¹ Max Beyreis, selbst aus unbekanntem Gründen vom Militärdienst zurückgestellt, sprach danach kurz für die SPD-Fraktion und signalisierte Zustimmung, allerdings war auch er für eine Überweisung in die Ausschüsse, um Detailfragen zu klären, gleichzeitig wollten er und seine Fraktion verhindern, dass das Anliegen und der Antrag in der Öffentlichkeit als Sache der WDF-Fraktion wahrgenommen werden könnte.¹⁴² Es schloss sich ein kurzer Redebeitrag von Hans-Günther Borchert¹⁴³ (Deutscher Wahlblock) an, der ab September 1939 im Einsatz der Waffen-SS gewesen war. Er äußerte sich merklich zurückhaltend, wollte sich nicht auf den

135 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 04. Mai 1956, S. 3, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

136 Ebd., S. 4.

137 Vgl. ebd.

138 Mommsen, Frederik, geb. am 23.10.1901, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1948/1955, Beruf: Bibliothekar, GO: angepasst ambivalent, Typ: Innere_r Emigrant_in, Pol. Orient. WR: demokratisch/republikanisch (USPD, SPD, DDP, Z), Bruch 1945: Unklar/keine Infos, Quellendichte: Ausreichend.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 436; StaFl XIII Pers Mommsen, Friedrich; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1949–1953, S. 42; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 56; Landesministerium des Innern: Handbuch 1958, S. 161.

139 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 4. Mai 1956, S. 4, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

140 Fritz Fuglsang leitete von 1927 an 37 Jahre das Flensburger Kunstgewerbemuseum, was er maßgeblich prägte; vgl. Ulrich Schulte-Wülwer: Fuglsang, Fritz. In: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 9. Neumünster 1991, S. 118ff.

141 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 4. Mai 1956, S. 5, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

142 Vgl. ebd., S. 5.

143 Borchert, Hans-Günter Otto, geb. am 10.04.1920, U.-Gruppe: Flensburg Ratsversammlung 1955, Beruf: Lehrer, GO: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Typ: ns-sozialisiert, Jg. 1918 bis 1928, Pol. Orient. WR: Unklar/keine Infos/zu jung, Bruch 1945: Behinderung im Fortkommen, Quellendichte: Ausreichend.

Personennachweise: LASH Abt. 460.18/Nr. 203; BArch R 9361-III/518259; BArch R Z 42-VII/2086; BArch R 9361-III/18440; Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht 1954–1958, S. 55.

Standort festlegen und hielt es für möglich, die „Gedächtnisstätte“ in der Kapelle des Friedhofs selbst errichten zu lassen.¹⁴⁴

Danach ging es nur noch um Verfahrensfragen; Dr. Schmidt ergriff abermals das Wort und änderte den Antrag der WDF-Fraktion entsprechend ab: die Ratsversammlung möge zwar grundsätzlich die Errichtung einer solchen „Gedächtnisstätte für alle Toten des letzten Krieges“ beschließen, die Klärung des genauen Standorts und der Ausgestaltung sollte aber in den zuständigen Ausschüssen besprochen werden – dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.¹⁴⁵

Am 25. Oktober 1956 war die Gedächtnisstätte nochmals Thema in der Ratsversammlung, allerdings ging es in dieser kurzen sachlichen Debatte alleinig um Zeitfragen, man merkt aber auch hier das gemeinsame Bemühen aller Beteiligten, den Gedenkstein noch im November desselben Jahres aufzustellen, was schließlich auch gelang.¹⁴⁶ Der Gedenkstein wurde am 25. November 1956 eingeweiht, es sprach Stadtpräsident Jensen.¹⁴⁷ Der Stein wurde zeittypisch nur mit christlichem Kreuz gestaltet, welches als Ersatz für das Eisernes Kreuz genutzt wurde.¹⁴⁸ Mit der Inschrift „Unseren Toten 1939–1945“ – ebenfalls eine bundesweite Entwicklung – sollten mit dem Fokus auf „Tote“ alle denkbaren „Opfer“ in das Gedenken einbezogen werden. Auffallend ist jedoch die zeitliche Einteilung (1939–1945), womit deutlich wird, dass hiermit keine Opfer des NS-Staats (vor 1939) gemeint sein konnten.¹⁴⁹ Der Gedenkstein steht bis heute auf dem Alten Friedhof in Flensburg, allerdings ist sein Standort, eingerahmt durch große Nadelbäume, recht verborgen.

Resümieren wir die Debatte um die Errichtung, dann ist festzustellen: dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt, für den Gedenkstein wurden 4.500 DM bereitgestellt¹⁵⁰; Gestaltung und Einweihung erfolgten noch im gleichen Jahr an dem von der WDF-Fraktion gewünschten Ort; keine Fraktion äußerte Bedenken zum Aufstellungsort oder zur Inschrift einer solchen „Gedächtnisstätte“, sondern es gab intensiven Austausch über Einzelheiten der Gestaltung und zum Zeitplan der Aufstellung.

144 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 4. Mai 1956, S. 5, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

145 Ebd., S. 6.

146 Vgl. Niederschrift der Ratsversammlung vom 25. Oktober 1956, S. 1–4, StaFl II A 1 Bd. 18 Ratsprotokolle 1956.

147 Vgl. Auskunft des Stadtarchivars Dr. Broder Schwensen vom 23. Oktober 2020.

148 Vgl. Manfred Hettling/Jörg Echternkamp: Heroisierung und Opferstilisierung. Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute. In: Dies. (Hrsg.): Gefallenengedenken im globalen Vergleich. München 2013, S. 123–158, S. 140.

149 Vgl. Jörg Koch: Von Helden zu Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens. Darmstadt 2013, S. 159f.

150 Im Gegensatz dazu hatte der Magistrat 1947 gegen die Bezuschussung des VVN-Ehrenmals gestimmt und hatte lediglich den Platz auf dem Friedenshügel in Flensburg zur Verfügung gestellt und über das Gartenamt die Pflege der Anlage übernommen. Vgl. Heiko Scharffenberg: Sieg der Sparsamkeit. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Schleswig-Holstein. Bielefeld 2004, S. 37.



Abbildungen: Der Gefallenengedenkstein auf dem Alten Friedhof in Flensburg 2021.¹⁵¹

¹⁵¹ Quelle: Sebastian Lotto-Kusche.

Der Hinweis des Ratsherren Schmidt zu Beginn der Sitzung vom 4. Mai 1956, das Thema nicht nach „nationalen“ Gesichtspunkten zu betrachten, war eine Spitze in Richtung des SSW, der allerdings nicht darauf einstieg. Grundsätzlich ist bei dieser Diskussion die Sachbezogenheit der kommunalpolitischen Diskussion besonders augenfällig, obwohl es um ein vergangenheitspolitisches Thema ging.

Dieser breite Konsens ist vor dem zeitgenössischen Kontext des Kriegstotengedenken in der Bundesrepublik wenig überraschend.¹⁵² Allerdings ist die Einmütigkeit in der Debatte – auch über die „Nationalitätengrenzen“ und unterschiedlichen NS-Erfahrungen der Protagonisten hinweg – doch besonders. Es lässt sich im Umgang somit ein innerstädtischer Grundkonsens in dieser Frage erkennen, der in folgenden Untersuchungen im Hinblick auf weitere Themen und in der Tiefe der weiteren Erforschung lohnt.

5. Schlussbetrachtung

Flensburg hatte aufgrund von Zufällen und besonderen Rahmenbedingungen einen sehr spezifischen demokratischen Neustart nach 1945 – man kann von einem Sonderfall sprechen. Die Hypothek der Dönitz-Regierung, die vielen hochbelasteten Nationalsozialisten, die in deren Gefolge in die Stadt strömten, die Tausenden von Flüchtlingen, DPs und Vertriebenen waren eine zusätzliche Last. Gleichzeitig begann der Grenzkampf in kaum gekannter Schärfe von Neuem, was wiederum nationalistische Schockwellen auf deutscher und dänischer Seite erzeugte. Aber auch anderes, positives war in Flensburg besonders: eine traditionelle Industriebasis mit organisierter Arbeiterbewegung, ein selbstbewusstes meist binational eingestelltes Bürgertum, starke, emanzipierte Frauen waren eine gute Basis für den demokratischen Wiederaufbau.

Dies spiegelt sich in den Ergebnissen unserer Untersuchung der NS-Belastung der Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unseren Auswahlgruppen. Besonders die vergleichende Betrachtung der Kommunalvertretung Flensburgs, der Kreisrepräsentanten Süderdithmarschens sowie der Schleswig-Holsteinischen Landespolitik offenbart, dass die gewählten Flensburgerinnen und Flensburger – vor allem in den 1950er Jahren – deutlich weniger ns-belastet waren als die Vergleichsgruppen. Während die Unterschiede in der Wahlperiode der 1940er Jahre noch marginal erscheinen, zeigt sich im zweiten betrachteten Zeitraum, dass die Landtagsabgeordneten mit über 20 Prozent und die Süderdithmarscher mit über 35 Prozent eine deutlich höhere NS-Belastung aufweisen als die Flensburger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit etwas über 7 Prozent.¹⁵³

Bei der Verteilung der Typen in der Flensburger Kommunalpolitik sticht die offensichtlich hohe Zahl der „Protagonist_innen der Arbeiterbewegung“ hervor. Während wir von unserem

152 Vgl. Alexandra Kaiser: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertags. Frankfurt a. M./New York 2010, S. 296–332.

153 Die Fraktionsprofile der Parteien in Flensburg und Dithmarschen werden hinsichtlich ihrer NS-Grundorientierungen in einem anderen Beitrag dieser Studie vorgestellt; vgl. Danker: Geteilte Verstrickung; Beitrag in dieser Studie.

Sample, bestehend aus 482 Personen, genau 18 in diesen Typ einordnen, stammen davon acht – also beinahe die Hälfte – aus der Flensburger Untersuchungsgruppe. So scheint sich unsere These, Flensburg wäre aufgrund der starken Arbeiterbewegung weniger drastisch von NS-Belastungen geprägt, zu bestätigen. Die biografische Vorstellung einzelner Mitglieder der Flensburger Kommunalpolitik offenbart die Vielfalt der möglichen Handlungsmuster während der NS-Zeit und bildet die bunte Zusammensetzung der Stadtvertretung ab.

Der systematische Blick auf die Debatten der Ratsversammlung für die Wahlperiode 1955–1959 hat zweierlei ergeben: zum einen wird die NS-Vergangenheit einzelner Mitglieder der Ratsversammlung nicht in den Sitzungen als politisches Argument verwendet.¹⁵⁴ Zum anderen wurde auch nicht über die Kollektiverfahrung Nationalsozialismus und deren Folgen für Anpasser, Verfolgte, Profiteure und Täter gesprochen. Dies war in dem untersuchten Zeitraum kein Thema in der Ratsversammlung, auch hier wurde geschwiegen. Ein sachbezogener Grundkonsens des demokratischen Neustarts ohne viel Zurückblicken – mit positiven und negativen Folgen für dessen Ergebnis – war die gemeinsame Basis. Insofern war Flensburg ein ganz normaler Sonderfall.

154 Natürlich muss der Vorbehalt bei diesem Ergebnis bestehen bleiben: es liegen keine wortwörtlichen Sitzungsprotokolle vor; aber durch das Vorhandensein von anderen, eher gefühlsmäßigen, Äußerungen in den Protokollen ist es wahrscheinlich, dass solche Einwürfe auch dokumentiert worden wären.

Literaturauswahl

- Adriansen, Inge/Schwensen, Broder: Von der deutschen Niederlage zur Teilung Schlesiens 1918–1920. Flensburg/Apenrade 1995.
- Berndt, Helge: Flensburg im Mai 1945. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 379–393.
- Bethke, Erik Lars: Rückgrat. Peter & Holger Hattesen. Zwei illustrierte Biografien des 20. Jahrhunderts. Flensburg 2019.
- Büthe, Julia-Kathrin: Die Entnazifizierung in Flensburg-Stadt und -Land während der britischen Besatzungszeit (Masch. MA.). Kiel 1998.
- Carstens, Uwe: Strohsack und Kekssuppe. Flüchtlinge und Vertriebene in Flensburg. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 157–210.
- CDU-Kreisverband Flensburg (Hrsg.): 50 Jahre CDU Flensburg. 1946–1996. Politik für unsere Stadt. Flensburg 1996.
- Christiansen, W. L.: Meine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Flensburg. Sozialdemokraten zwischen Deutsch und Dänisch 1945–1954. Flensburg 1993.
- Danker, Uwe: „... ich in einem ganz bescheidenen Maße auch teilhatte ...“: Schleswig-holsteinische Biographien im 20. Jahrhundert: Ernst Kracht und Johann Ohrtmann. In: Ders.: Die Jahrhundertstory, Band 3. Flensburg 1999, S. 248–267.
- Danker, Uwe: Der Abstimmungsstaat „Plebiscit Slesvig“ 1920. In: Fransen, Peter/Mikkelsen, Jørgen/Hansen, Leif (Hrsg.): Over grænser. Festschrift til Hans Schultz Hansen. Apenrade 2019, S. 208–234.
- Danker, Uwe: Südschleswig 1945–1955. Vom letzten Kampf um Südschleswig zum dauernden Grenzfrieden. Kiel 1997.
- Danker, Uwe/Lehmann-Himmel, Sebastian: Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. In: Dies. (Hrsg.): Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2017, S. 19–384.
- Danker, Uwe/Schwabe, Astrid: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Neumünster 2005.
- Gerstenberg, Edith: Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur 1933–1945. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 202–222.
- Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993.
- Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Informationen und Materialien. Flensburg 1972.
- Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt. Flensburg 1966.
- Gillis-Carlebach, Miriam/Paul, Gerhard (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona. Neumünster 1998.
- Godau-Schüttke, Klaus-Detlev: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. Baden-Baden 1998.
- Goldberg, Bettina: Juden in Flensburg. Flensburg 2006.

- Hansen, Reimer: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation. Stuttgart 1966.
- Heinacher, Peter: Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933), 2 Bände. Flensburg 1986.
- Herbert, Ulrich: Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektive einer schwierigen Disziplin. In: Bajohr, Frank/Löw, Andrea (Hrsg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung. Frankfurt a. M. 2015, S. 31–79.
- Hettling, Manfred/Echternkamp, Jörg: Heroisierung und Opferstilisierung. Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute. In: Dies. (Hrsg.): Gefallenengedenken im globalen Vergleich. München 2013, S. 123–158.
- Hohnsbehn, Harald: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Flensburg. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Opfer politischer und rassischer Verfolgung in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1998, S. 89–121.
- Jeromin, Hans-Ulrich/Olsen, Claus: Die Flensburger Sozialdemokratie zwischen 1954 und 1970 – Schlaglichter aus den 50er und 60er Jahren. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.): 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 244–266.
- Kaiser, Alexandra: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertags. Frankfurt a. M./New York 2010.
- Klatt, Martin: Die dänische Minderheit. Ausgrenzung eines Bevölkerungsteils. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Opfer politischer und rassischer Verfolgung in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1998, S. 62–88.
- Klatt, Martin: Ein schleswigsches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom „Deutschen“ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 287–310.
- Klatt, Martin: Peter Hattesen und die „Anna“-Gruppe 1943–1945. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Zwischen Konsens und Kritik: Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933–1945. Flensburg 1999, S. 355–364.
- Klatt, Martin/Kühl, Jørgen: Die politische Geschichte der dänischen Minderheit 1945–2015. Flensburg 2015.
- Koch, Jörg: Von Helden zu Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens. Darmstadt 2013.
- Kraus, Herbert: Karl Dönitz und das Ende des „Dritten Reichs“ in Flensburg 1945. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 83–106.
- Lehmann, Sebastian: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007.
- Linck, Stephan: Der Ordnung verpflichtet. Deutsche Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg. Paderborn u. a. 2000.
- Lotto-Kusche, Sebastian: „... daß für sie die gewöhnlichen Rechtsbegriffe nicht gelten.“ Das NS-Zwangslager für „Zigeuner“ in Flensburg und dessen Wahrnehmung in der Stadtbevölkerung. In: Demokratische Geschichte, Band 28 (2018), S. 225–238.
- Martens, Holger: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945–1959. Band 1–2. Malente 1998.
- Müller, Rolf-Dieter: Hitlers Wehrmacht 1935–1945. München 2012.
- Nonnenbroich, Karl-Friedrich: Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein nach 1945. Unter besonderer Berücksichtigung des Südschleswigschen Wählerverbands. Kiel 1972.
- Olsen, Claus: Die Flensburger Sozialdemokratie in den Jahren der Spaltung 1946–1954. In: Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.):

- 125 Jahre SPD in Flensburg 1868–1993. Flensburg 1993, S. 223–243.
- Paul, Gerhard: „...zwickerte man mit den Augen und schwieg.“ Schweigekartell und Weißwäschersyndikat, oder: Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden. In: Stadtarchiv Flensburg/Universität Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 311–376.
- Paul, Gerhard: Die Erschießungen in der Geltinger Bucht. Das blutige Geschäft der NS-Militärjustiz nach der deutschen Kapitulation und ihre justizielle Bearbeitung nach 1945. In: Demokratische Geschichte, Band 9 (1995), S. 163–179.
- Paul, Gerhard: Widerstand an der Grenze. Das ‚Café Waldheim‘ und das Ehepaar Lützen. In: Ders. (Hrsg.): Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001, S. 122–135.
- Pust, Dieter (Bearb.): 35 Jahre CDU in Flensburg. Die Gründung – Eine personalgeschichtliche Chronik. Flensburg 1981.
- Pust, Dieter (Hrsg.): Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Resümee einer Ausstellung. Flensburg 1984.
- Pust, Dieter: Die Oberbürgermeisterwahlen und ihre Bedeutung für die Region. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 355–368.
- Pust, Dieter: Könige, Bürgermeister und Präsidenten in Flensburg. Biographische Skizzen. Flensburg 1987.
- Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang. Stuttgart 1968.
- Sauer, Bernd: Die „schwarze Reichswehr“ und der geplante „Marsch auf Berlin“. In: Schaper, Uwe (Hrsg.): Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin (2008), S. 113–150.
- Scharffenberg, Heiko: Sieg der Sparsamkeit. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Schleswig-Holstein. Bielefeld 2004.
- Schier, Siegfried/Jürgensen, Kurt: Die Stadt Flensburg unter Britischer Militärregierung. In: Stadt Flensburg (Hrsg.): Flensburg 700 Jahre Stadt, Band 1. Flensburg 1984, S. 394–415.
- Schlürmann, Jan: 1920. Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmungen zwischen Deutschland und Dänemark. Kiel 2019.
- Schulte-Wülwer, Ulrich: Fuglsang, Fritz. In: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 9. Neumünster 1991, S. 118ff.
- Siegfried, Detlef: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46. Kiel 1992.
- Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1949–1953. Flensburg 1954.
- Stadt Flensburg: Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1954–1958. Flensburg 1959.
- Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, 5 Bände. Flensburg 1996–2000.
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1958. Kiel 1958.
- Stolz, Gerd: Volksabstimmung Nordschleswig 1920 Plebiscit Slesvig. Apenrade/Sonderburg 1990.
- Vagt, Gerd: Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Zu einer Ausstellung im Städtischen Museum Flensburg im September und Oktober 1983. In: Die Heimat 93 (1983), S. 292–299.
- Voigt, Christian: Bibliographie zur Geschichte der Stadt Flensburg. Neu bearbeitet von Martha Iwersen und Käte Petersen. Flensburg 1988.
- Wulf, Peter: „Der nationale Blick“. Nationale Stereotypen auf deutscher Seite im deutsch-dänischen Grenzgebiet 1945–1948. In: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburg 2000, S. 267–285.